LIPortal

Das Länder-Informations-Portal

China

China fasziniert den Westen seit dem Mittelalter mit seinen Traditionen, seiner Geschichte und seinem Jahrtausende alten Wissen. In den letzten Jahrzehnten verblüfft das Land der Mitte die Welt mit seiner Dynamik, seiner Kreativität und Schaffenskraft. China hat einen festen Platz in der globalisierten Welt, den es mit Selbstbewusstsein ausfüllt.

- Landesübersicht & Naturraum
- Geschichte & Staat
- Wirtschaft & Entwicklung
- Gesellschaft & Kultur
- Alltag & Praktische Informationen

Das Länderinformationsportal

Das Länderinformationsportal

Im Länderinformationsportal (LIPortal) geben ausgewiesene Landesexpertinnen und Landesexperten eine Einführung in eines von ca. 80 verschiedenen Ländern. Das LIPortal wird kontinuierlich betreut und gibt Orientierung zu Länderinformationen im WorldWideWeb. mehr

Der Autor

Dr. Tobias Voß ist Chinawissenschaftler und befasst sich schwerpunktmäßig mit der chinesischen Bildungs- und Entwicklungspolitik. Er ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Sinologie der Universität Freiburg tätig. Seine Arbeitsgebiete sind politische und ökonomische Ideenlehre der VR China und das chinesische Bildungs- und Wissenschaftswesen.

Landesübersicht & Naturraum

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Chinas Naturraum ist von einer Vielfalt, wie man sie auf der Erde sonst selten antrifft. Schroffe Hochgebirge und Wüsten im Westen, mongolische Steppen im Norden und tropische Eilande im Süden. Dazwischen eingebettet in ausgedehnte Hügellandschaften die großen Flussläufe, an deren fruchtbaren Ufern einst die chinesische Zivilisation entstand. Doch die Natur hat stark unter industriellem Raubbau und einer galoppierenden Urbanisierung gelitten. Eine der drängendsten Fragen im heutigen China ist daher, wie man die natürliche Umgebung als lebenswerten Raum erhalten kann.

Berglandschaft bei Guilin. (Pixabay - Lizenz: CC0 1.0)

Offizieller Name
: Volksrepublik China

Fläche
: 9.596.960 km²

Einwohner
: 1,395 Mrd. (2018)

Bevölkerungswachstum
: 0,3% (2020, Schätzung)

Regierungssitz
: Beijing (Peking)

Amtssprache
: Hochchinesisch

Regionalsprachen
: Mongolisch, Tibetisch u.a.

Karten

Chinas Provinzen. Karte: TUBS, (CC BY-SA 3.0)

Kartensammlungen zu China findet man unter anderem auf der auf der Weltkarten-Homepage, bei Reliefweb oder bei der University of Texas. Das Projekt openstreetmap stellt mittlerweile viel detailliertes Kartenmaterial über China zur Verfügung. Andere Online-Kartendienste wie Google Maps hinterlegen ihre Karten zudem mit Satellitenbildern.

Grunddaten

Grundlegende Daten und Informationen zu China bietet das Auswärtige Amt. Eine sehr ausführliche Zusammenstellung geografischer, politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Daten findet man im CIA Factbook. Offizielle Statistiken auf Englisch stellt das Statistikbüro der VR China bereit. Auch das Statistische Bundesamt stellt ein Länderprofil für China bereit. Entwicklungsökonomisches Datenmaterial gibt es bei der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank. Einen weiteren statistischen Landesüberblick findet man auf den Seiten den UN. Schließlich verfügt die Internet-Enzyklopädie Wikipedia über ein China Portal mit zahlreichen Fachartikeln.

Lage und Größe

Der See Nam Co in Tibet (Foto: Julianbce. Lizenz: CC BY-SA 3.0)

China ist mit einer Landfläche von 9.596.960 km² das drittgrößte Land der Erde nach Russland und Kanada. Vom an Sibirien grenzenden Heilongjiang im hohen Norden bis zur tropischen Insel Hainan im äußersten Süden sind es 4.200 km. Von der orientalischen Handelsstadt Kashgar im Westen Xinjiangs bis zur Metropole Shanghai am Unterlauf des Yangzi sind es sogar 4.500 km.

Chinas Landesgrenze ist insgesamt 22.133 km lang. Davon entfallen allein 14.500 km auf die Küstenlinie entlang des Gelben Meeres, des Ostchinesischen Meeres und des Südchinesischen Meeres. Im Süden, Südwesten, Westen und Nordwesten trennen China große Gebirge von seinen Nachbarn. Im Norden sind Steppen und Wüsten die natürlichen Grenzen, im Nordosten die Flüsse Amur und Ussuri. Entlang der Landgrenzen finden sich die 14 direkten Nachbarländer Chinas (von Südwest nach Nordost): Vietnam, Laos, Myanmar, Bhutan, Nepal, Indien, Pakistan, Afghanistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Kasachstan, Russland, Mongolei und Nordkorea.

Naturraum

Brücke über den Changjiang bei Wushan (Foto: Glabb. Lizenz: CC BY-SA 3.0)

Die chinesische Landschaft ist hauptsächlich durch Berg- und Hügellandschaften geprägt. Hierbei fällt das Land von Westen nach Osten laufend zur Meeresküste ab. Die höchsten Gipfel und Hochebenen finden sich im Südwesten. Der Mount Everest – tibetisch Chomolungma – erhebt sich an der tibetisch-nepalesischen Grenze 8.850 m über den Meeresspiegel. Er ist der höchste Punkt der Welt und somit auch der höchste Punkt Chinas. Nördlich der 8.000er-Gipfel des Himalaya erstreckt sich das gewaltige Tibet-Qinghai-Plateau, das „Dach der Welt“. Diese unwirtliche Gegend ist mit einer Ausdehnung von 2,2 Millionen km² die größte Hochebene der Welt und wird im Norden durch das Kunlungebirge begrenzt.

Schreitet man in westlicher Richtung fort, fällt das Land langsam ab. Durch die ausgedehnten Hügellandschaften des chinesischen Festlands schlängeln sich die beiden großen Flüsse Chinas Richtung Meer. Der Changjiang, der „lange Fluss“, auch als Yangzi bekannt, ist mit 6.300 km Länge das größte Flusssystem Chinas. Weiter nördlich fließt der 5.464 km lange Gelbe Fluss. Seinen Namen trägt der Gelbe Fluss, weil er die Sedimente der Lössebenen Nordwestchinas in die Niederungen des Kernlandes schwemmt und dabei eine gelbliche Farbe annimmt. Beide Flüsse sind über Jahrtausende hinweg die Lebensadern der chinesischen Zivilisation gewesen und dienen der Bewässerung der fruchtbaren Tiefebenen Sichuans und Ostchinas sowie der Binnenschifffahrt. Gleichzeitig hat China im Laufe seiner Geschichte immer wieder mit Überflutungen zu kämpfen gehabt. Insgesamt besitzt die VR China neun große Flusssysteme, wobei die fünf nördlichen Flusssysteme 20% und die vier südlichen Flusssysteme, zu denen auch der Yangzi gehört, 80% des erneuerbaren Oberflächenwasservolumens ausmachen (insgesamt 2711,5 km3).

Trotz seines gebirgigen Charakters ist China mit verschiedenen Ebenen und Hochebenen durchsetzt. Abseits der großen Flusssysteme erstrecken sich im Nordwesten Chinas große Wüsten. Ganz im Westen liegt die gewaltige Wüste Taklamakan, die einen Großteil der Provinz Xinjiang umfasst. Nordwestlich in der inneren Mongolei erstreckt sich die Wüste Gobi. In den Provinzen Shaanxi und Shanxi befindet

sich das chinesische Lössplateau. Im Gegensatz zu diesen meist kärglichen Landstrichen sind die großen Schwemmebenen an der Küste sowie das Sichuan-Becken im Landesinneren äußerst fruchtbar und seit jeher dicht besiedelt.

Flora und Fauna

China gehört zu den Ländern mit der größten Biodiversität weltweit. In der nördlichen Hemisphäre gibt es kein Land, welches mehr unterschiedliche Tier- und Pflanzenarten beherbergt. Die vier Hauptökosysteme Chinas sind Grasland, Wald, Ackerland und Wüste, welche insgesamt 82% der Fläche Chinas bedecken. In der VR China findet man mehr als 30.000 Pflanzenarten und über 6.000 verschiedene Wirbeltierarten.

Einige Tierarten, wie der große Panda, der China-Alligator oder der Yangzi-Stör kommen nur in China vor. Weitere für China typische Tierarten sind das chinesische Schuppentier, der Marderhund oder das Moschustier. In den Bergregionen trifft man auf Yaks und die Tibetantilope, in den Steppen der Mongolei auf Kamele und im äußersten Nordosten noch vereinzelt auf sibirische Tiger.

Chinas Biodiversität ist jedoch durch Bevölkerungswachstum sowie den Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozess gefährdet, welche die Lebensräume vieler Arten in China schrumpfen lassen. Dieses hat mitunter drastische Folgen. So gilt der chinesische Flussdelphin mittlerweile als ausgestorben. Weitere Tierarten, wie beispielsweise verschiedene Stumpfnasenaffenarten gelten als stark gefährdet. Die chinesische Nachfrage nach exotischen Tieren bzw. Tierprodukten gefährdet darüber hinaus auch Arten außerhalb Chinas.

Für den Artenschutz ist die staatliche Forstbehörde der VR China zuständig. Daneben gibt es zudem ein weitreichendes zivilgesellschaftliches Engagement von nationalen und internationalen NROs zum Erhalt spezifischer Arten. Das bekannteste Schutzprogramm ist die Kooperation von WWF und chinesischer Regierung zum Erhalt des großen Pandas.

Klima

Lössplateau in der Provinz Shanxi. (Foto: Till Niermann. Lizenz: CC BY-SA 3.0)

Nicht nur landschaftlich, sondern auch klimatisch ist China ein Land der Gegensätze und umfasst 18 Klimazonen. Im vom Kontinentalklima geprägten Nordwesten und Nordosten Chinas gibt es sehr kalte Winter und heisse Sommer. Der Süden der Volksrepublik ist subtropisch bis tropisch. Vor allem zur Winterzeit zeigen sich die großen Klimaunterschiede. In der Hauptstadt Beijing sinken die Temperaturen bis auf -17 °C, während es in Kunming der Hauptstadt der Provinz Yunnan noch 20 °C warm sein kann. Auch die Niederschlagsmengen sinken stufenweise von Südost, wo durchschnittlich 1.500-2.000 mm pro Jahr fallen, nach Nordwest wo teilweise unter 50 mm Niederschlag gemessen werden. Die großen Anbaugebiete Chinas finden sich daher in der süd-östlichen Hälfte des Landes.

Vor allem die nordöstlichen Gebiete Chinas leiden verstärkt unter Wassermangel, weshalb Anfang der 2000er Jahre mit einem

gigantischen Wassertransferprojekt begonnen wurde. Mittlerweile wird in großem Stil Wasser aus den südlichen Flusssystemen über Kanäle nach Norden bis in die Hauptstadt Beijing geleitet.

Bodenschätze

Kohlemine in Datong, Shanxi. (Foto: Peter Van den Bossche, Lizenz: CC BY-SA 2.0)

China ist reich an Bodenschätzen, vor allem an Kohle, Erdöl, Erdgas und metallischen Erzen. Die VR China ist der weltgrößte Kohle- und viertgrößter Erdölproduzent. Chinas Kohlereserven sind die drittgrößten der Welt, die Erdölreserven werden auf ca. 24 Mrd. Barrel geschätzt. Die VR China verfügt über 70 % der Vorräte an Seltenen Erden und stellt 90 % der Weltproduktion dieser Rohstoffe.

Die VR China ist der weltweit größte Förderer von natürlichem Graphit, Antimonerz, Tungstenkonzentrat und Zinkerz. Ebenfalls in großen Mengen gefördert werden Eisenerz, Molybdän, Zinnkonzentrat, Bleierz, Quecksilber, Bauxit, Phosphat, Gold und Manganerz. Chinas immenser Rohstoffbedarf hat weitreichende Folgen für Weltwirtschaft und die Umwelt.

Ökologische Probleme

Stahlindustrie in Liaoning. (Foto: Andreas Habich, Lizenz: CC BY-SA 3.0)

Da der Wirtschaftsaufschwung der letzten 40 Jahre mit einem rasanten Aufbau von Industrie und Infrastruktur einherging, hat China mit starken Umweltproblemen zu kämpfen. So belegt die VR China im Ranking des Environmental Performance Index mit einem Wert von 50,74 nur den 120. Platz.

Gravierendstes Problem ist die durch Chinas Energieverbrauch hervorgerufene Luftverschmutzung. Die Zahlen in diesem Bereich sind verheerend: Im Jahr 2005 überholte die VR China erstmals die USA bei den CO2-Emissionen und erreichte im Jahr 2012 einen Wert von 8,1 Mrd. Tonnen. Anfang 2013 erreichte die Luftverschmutzung in Städten Nordchinas einen Wert, der 40 mal so hoch war wie von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Obergrenze empfohlen. Eine Studie kam zudem zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2014 38% der chinesischen Bevölkerung gesundheitsschädliche Luft einatmeten. 2015 meldeten 90% Prozent der chinesischen Städte Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub.

2014 wurde von der Regierung ein „Krieg gegen die Luftverschmutzung“ ausgerufen, durch welchen die Senkung der Emissionen pro Einheit des BIP um 33,8% bis zum Jahr 2030 erreicht werden soll. Ein Beispiel für die Bemühungen ist in der Stadt Shenzhen zu besichtigen, in welcher innerhalb von acht Jahren die gesamte Busflotte von mehr als 16.000 Fahrzeugen auf Elektrobetrieb umgestellt wurde. In seiner Ansprache an die Generalversammlung der Vereinten Nationen kündigte Xi Jinping im Herbst 2020 an, dass China bis zum Jahr 2060 klimaneutral werden soll.

Dem ambitionierten Ziel steht entgegen, dass nach wie vor 66% der gesamten Energie aus Kohle gewonnen wird. Hinzu kommt die stetig steigende Zahl neuer Privatfahrzeuge. 2018 waren insgesamt 232,3 Mio. Fahrzeuge in Gebrauch, von welchen 28 Mio. neu zugelassen wurden. All dieses führt zur Freisetzung von Treibhausgasen, Schwefeldioxidemissionen und hohen Feinstaubwerten. Der massive Ausbau von Kernkraft und alternativen Energien wird mittelfristig nicht zu einem signifikanten Rückgang der Energiegewinnung aus Kohle führen.

Smog über der verbotenen Stadt in Beijing. (Foto: Brian Jeffery Beggerly, Lizenz: CC BY 2.0)

Ein weiteres gravierendes Umweltproblem ist eine starke Gewässerverschmutzung durch die industrielle Produktion und die Einleitung ungeklärter Abwässer. Etwa zwei Drittel der chinesischen Gewässer gelten als verschmutzt. Dieses gilt vor allem für die ohnehin wasserarmen Regionen Nord- und Westchinas.

Diese Regionen haben außerdem mit dem Problem der Desertifikation zu kämpfen. Überweidung, Überkultivierung und Abholzung machen die Böden für Wind- und Wasserersion anfällig. Seit den 1970er Jahren hat sich so die Wüstenfläche um mehr als 50.000 Quadratkilometer vergrößert. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken startete die chinesische Regierung eine großangelegte Wiederaufforstungskampagne in den betroffenen Gebieten, die als „grüne Mauer“ bezeichnet wird. Ziel des bereits in den 1970er Jahren gestarteten Projektes ist es, Wald auf einer Fläche, welche in etwa derjenigen Deutschlands entspricht, aufzuforsten. Zwischen 2010 und 2015 wurden 1,54 Mio. ha Wald neu gepflanzt. Die Vorgehensweise ist jedoch mittlerweile umstritten, da die gepflanzten Wälder in einigen Gebieten zum Absinken des Grundwasserspiegels geführt haben und somit die Desertifikation teilweise verstärken. Da Chinas

Waldfläche, die insgesamt 207 Mio. ha und somit 22% der Gesamtfläche des Landes ausmacht, von intensiver forstwirtschaftlicher Nutzung geprägt ist, ist eine signifikante Vergrößerung der gesamten Waldfläche Chinas bisher nicht in Sicht.

Für die Umsetzung der Umweltpolitik in China ist das Umweltministerium zuständig. Seine Aufgabe ist es, die Umweltgesetzgebung zu gestalten. Es gibt einen jährlichen Lagebericht über den Stand des chinesischen Umweltschutzes heraus. Auf den unteren Verwaltungsebenen betreibt das Umweltministerium Umweltschutzbüros, die sich um die Umsetzung der Umweltgesetze und -vorschriften kümmern. Seit dem 2015 ist in der VR China ein neues Umweltschutzgesetz in Kraft, welches als das bisher fortschrittlichste Gesetz auf dem Gebiet der Umweltpolitik gilt. So kann das Umweltministerium nun Betriebe, die gegen Umweltauflagen verstoßen unter bestimmten Voraussetzungen schließen lassen.

Eine weitere wichtige Neuerung des Umweltgesetzes ist die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Gestaltung der Umweltpolitik. So treten NGOs wie Friends of Nature als Kläger in Umweltprozessen auf. Andere NGOs wie beispielsweise das Institute of Public & Environmental Affairs (IPE) veröffentlichen verschiedene Echtzeitwerte zu r Luft- und Wasserverschmutzung in China.

Im Rahmen des G20-Gipfels in Hangzhou im Jahr 2016 gab die VR China die Ratifizierung des Pariser Abkommens zum Klimaschutz bekannt. Xi Jinping bekräftigte Ende 2020, dass China sich zu Maßnahmen verpflichtet, welche die globale Temperaturerhöhung auf einen Wert zwischen 1,5 und zwei Grad begrenzen. Hierzu soll bis 2050, spätestens bis 2060 Klimaneutralität erreicht werden. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Ausbau der Elektormobilität. 2018 waren in China 2,61 Mio. E-Fahrzeuge zugelassen. Derzeit stellt die VR China die Hälfte aller E-Autos, 98% der E-Busse und 99% aller elektrischen Zweiräder weltweit.

Sozialraum

Shenzhen (CC BY-SA 4.0 Simbaxu)

Die chinesische Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer stärker urbanisiert. Anfang der 1980er lebten noch 20 % der Chinesen in den ländlichen Gebieten und 80 % in den Städten. Heutzutage leben mit ca. 60 % die meisten Chinesen in städtischen Räumen. Im Zuge der Wirtschaftsreformen sind riesige Ballungsgebiete entstanden, von denen das Perflussdelta mit den Millionenstädten Kanton, Shenzhen, Hongkong, Macau und Zhuhai das größte ist. Ingesamt leben in dieser Metropolregion schätzungsweise 67 Millionen Menschen. Aber auch in Ballungsräumen um Shanghai oder Beijing leben dutzende Millionen Einwohner. Das starke Anwachsen der städtischen Bevölkerung in den Küstengebieten ist stark mit der Inlandsmigration von Millionen von Wanderarbeitern verknüpft. Die Stadt Shenzhen, die Anfang der 1980er Jahre noch ein kleines Fischerstädchen mit 60.000 Einwohnern war, ist heute eine Metropole mit 13 Millionen Einwohnern.

Die größten Städte Chinas sind Chongqing (30 Mio.), Shanghai (24 Mio.) und Beijing (21 Mio.). Daneben gibt es zahlreiche Städte wie Tianjin, Guangzhou, Hongkong, Shenyang, Xi'an usw., die teilweise weit über 5 Millionen Einwohner haben.

Verkehr

Brücke über den Changjiang in Nanjing. (Foto: Jack No1, Lizenz: CC BY 3.0)

Das Verkehrssystem Chinas ist vor allem in den östlichen Küstenregionen gut ausgebaut. Seine Ausmaße sind beeindruckend: Das Straßensystem umfasst 4,7 Mio. km, von denen rund 131.000 km Schnellstraßen sind. Das Eisenbahnnetz ist rund 191.000 km lang und erreicht alle großen Städte Chinas. Gleichzeitig besitzt VR China mit 127.100 km das größte Netz befahrbarer Wasserstraßen weltweit und verfügt über 2.000 See- und mehr als 5.000 Flusshäfen. Neun der 10 größten Containerhäfen der Welt liegen in China und mit über 2.000 seegängigen Schiffen verfügt die VR China über die drittgrößte Handelsflotte der Welt. Chinas Flugzeugflotte besteht aus über 5.000 Flugzeugen, welche mehr als 200 Zivilflughäfen auf chinesischem Boden ansteuern können. Der größte Flughafen der Welt eröffnete im September 2019 in Beijing.

Verkehrspolitisch wurde seit Anfang der 2000er Jahre dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den unterentwickelten und schwer erreichbaren

westlichen Regionen viel Aufmerksamkeit zugemessen. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist die Anbindung Tibets an das chinesische Schienennetz: Seit Juli 2006 können Güter- und Personenzüge auf über 1.000 km langen höchsten Bahnstrecke der Welt zwischen Golmud (Qinghai) und Lhasa (Tibet) verkehren. Auch Chinas westlichste Stadt Kashgar wurde an das Schienennetz angeschlossen. Insgesamt sollen in den nächsten Jahren weitere 850 Mrd. Euro in die Straßen und Schienen Westchinas investiert werden

Ein weiterer verkehrspolitischer Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau des Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes im Osten des Landes, welches bereits 11.028 km lang ist. 2012 wurde die bisher längste Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke der Welt in Betrieb genommen. Sie verbindet die Hauptstadt Beijing mit Guangzhou (Kanton). Die Züge erreichen Geschwindigkeiten von bis zu 350 km/h und legen die über 2.298 km Strecke innerhalb von acht Stunden zurück. Eine noch längere Strecke soll künftig Baotou in der inneren Mongolei mit der Inseln Hainan in Südchina verbinden.

Im Jahr 2017 wurde in 30 chinesischen Städten mit dem Neubau städtischer Schienenverkehrssysteme begonnen.

Nationale Symbole

Nationalfahne der Volksrepublik China. Grafik: Wikicommons/Public Domain

Die Grundfarbe der Flagge der Volksrepublik China ist das kommunistische Rot, das zugleich auch die Farbe der Han-Chinesen ist. Zudem gilt Rot in China als Glücksfarbe. Im linken oberen Eck ist ein großer fünfzackiger gelber Stern, der bogenförmig von vier kleineren Sternen umrahmt wird.

Der große Stern symbolisiert die Führung der kommunistischen Partei, die kleineren Sterne stehen für die vier Klassen: die Arbeiter, die Bauern, die Kleinbürger und die patriotische Kapitalisten (andere Deutungen sprechen von den Arbeitern, den Bauern, den Intellektuellen und der nationalen Bourgeoisie).

Die Zahl fünf hat ausserdem eine traditionelle Bedeutung, man spricht von fünf Herrschern, fünf Farben, fünf Elementen, fünf Tugenden, fünf Sorten und historisch von fünf Teilen Chinas: das eigentliche China, die Mandschurei, die Mongolei, Xinjiang und Tibet.

Nationales Wappen der Volksrepublik China. Grafik: Wikicommons/Public Domain

Das Wappen der Volksrepublik China zeigt in seinem Zentrum das Tor des Himmlischen Friedens, das von fünf Sternen erleuchtet wird.

Das Tor des Himmlischen Friedens ist der südliche Zugang zur Verbotenen Stadt in Beijing. Von dessen Balustrade aus hat Mao Zedong am 01. Oktober 1949 die Volksrepublik China ausgerufen.

Umrahmt wird das kreisförmige Wappen von einem Ährenkranz mit einem Zahnrad als unterem Abschluss: Die Ähren symbolisieren die Landwirtschaft und das Zahnrad steht für die Industrie.

Die chinesische Nationalhymne ist seit 1949 der "Marsch der Freiwilligen".

Geschichte & Staat

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im September Dezember aktualisiert.)

Obwohl China auf eine mehrere tausend Jahre lange Geschichte zurückblicken kann, so hat sich das moderne China erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts herausgebildet. Nach zahlreichen inneren und äußeren Konflikten kam im Jahr 1949 die Kommunistische Partei Chinas an die Macht, welche die innen- und außenpolitischen Geschicke der VR China bis heute lenkt. Mittlerweile ist China auf dem Weg zurück zur Weltmacht und prägt bereits heute die globale Entwicklung maßgeblich mit.

Mao-Portrait am Tian'anmen. (Lizenz: Public Domain)

Tag der Unabhängigkeit
: 1. Oktober 1949 - Gründung der Volksrepublik China

Staatsoberhaupt
: Xi Jinping (st. 2013)

Regierungschef
: Li Keqiang (st. 2013)

Politisches System
: Sozialistische Volksrepublik

Demokratie Status-Index (BTI)
: Rang 81 von 137 (2020)

Korruptionsindex (CPI)
: Rang 80 von 198 (2019)

Der Untergang des Kaiserreiches

Die alten Kaiser

Über Jahrtausende hinweg wurde China von

Terrakotta-Armee des ersten Kaisers in Xi'an. (Foto: GFDL, Lizenz: CC BY-SA 3.0)

verschiedenen Kaiserdynastien beherrscht, deren Regierungszeiten sich teilweise über mehrere hundert Jahre erstreckten. Trotz der langen Kontinuität der Kaiserherrschaft war China seit seiner Einigung im Jahr 221 v.Chr. keinesfalls ein durchgängig stabiles Staatswesen. Immer wieder führten Niedergänge von Dynastien zu territorialer Zersplitterung, welche von erneuter militärischer Einigung unter einer neuen Dynastie abgelöst wurde.

In der Qin-Dynastie (221 v.Chr. - 207 v.Chr.) wurde China unter dem ersten Kaiser Qin Shihuangdi geeint. Während der Han-Dynastie (206 v.Chr. - 220 n.Chr.) wurde der Konfuzianismus zur Staatsphilosophie erhoben. Unter den Tang (618-907) erlebte China eine Blüte der Kultur und des Buddhismus. Die Song-Dynastie (960-1279) ist bekannt für viele technische Neuerungen. Zur damaligen Zeit wurde beispielsweise der Buchdruck entwickelt sowie das Papiergeld und das Schießpulver erfunden. Die Yuan-Dynastie (1279-1368) war eine mongolische Fremdherrschaft, welche die bestehenden staatlichen Strukturen jedoch intakt beließ. Die Ming-Dynastie (1368-1644) veranlasste eine neue Blüte der Kultur (bspw. Romane, Porzellankunst) und wurde im Jahr 1644 von der Qing-Dynastie, einer mandschurischen Fremdherrschaft, abgelöst.

An vielen Stellen Chinas finden sich Relikte der alten Zeit, so zum Beispiel der beeindruckende Kaiserpalast in der Hauptstadt Beijing oder die Terrakotta-Armee, welche über die Grabstätte des ersten Kaisers von China in Xi'an wacht. Museen in aller Welt sind voll von klassischer chinesischer Landschaftsmalerei, Bronze- und Tongefäßen, Jadeschmuck und Kaligraphien aus allen Jahrhunderten. Doch das gegenwärtige politische und gesellschaftliche Leben in der VR China hat mit der Kaiserzeit kaum noch etwas zu tun. Das heutige China entstand vielmehr aus dem schmerzvollen Ringen des traditionellen China mit der Moderne.

Niedergang der letzten Dynastie

Der endgültige Niedergang der Kaiserherrschaft setzte Mitte des 19. Jahrhunderts ein, als die Qing-Dynastie von Auseinandersetzungen mit ausländischen Mächten und inneren Unruhen gleichermaßen erschüttert wurde.

Mit dem ersten Opiumkrieg im Jahr 1839 begann eine Phase militärischer Auseinandersetzungen mit technisch hochgerüsteten Auslandsmächten, welche allesamt in Niederlagen für den Kaiser mündeten. An den kriegerischen Konflikten waren vornehmlich westliche Industrienationen, wie

England, Frankreich, Russland oder auch Deutschland beteiligt.

Als Folge der vielen verloren Kriege musste China den Auslandsmächten sein Territorium für den freien Handel öffnen, Handelsstützpunkte wie Shanghai zur Verfügung stellen, Exterritorialität und Meistbegünstigung gewähren. Diese in so genannten „ungleichen Verträgen“ festgehaltenen Vergünstigungen schwächten das Kaiserreich nicht nur ökonomisch und militärisch, sondern führten auch zu einem starken Ansehensverlust des Kaisers im chinesischen Volk.

Die Kaiserinwitwe Cixi. (Foto: Huber Vos, Lizenz: Public Domain)

Die neue Schwäche der kaiserlichen Regierung führte in Kombination mit einer prekären ökonomischen Situation in weiten Teilen der Bevölkerung zu verschiedenen Volksaufständen. Der bekannteste von ihnen war der Taiping-Aufstand von 1851-1864, einer der größten Bürgerkriege in der chinesischen Geschichte, der nur mit Mühe und mit Unterstützung ausländischer Truppen niedergeschlagen werden konnte.

Zentrales Problem der Qing-Regierung war die innere Zerissenheit des Hofes zwischen Konservativen und Reformbefürwortern. Reformbefürworter plädierten für die Übernahme westlicher Technik und die pragmatische Zusammenarbeit mit den in China ansässigen Auslandsmächten. Die konservativen Kreise um die Kaiserinwitwe Cixi, welche China Ende des Jahrhunderts de facto regierte, betrachteten den chinesischen Kaiser hingegen nach wie vor als weltlichen und geistlichen Hegemon. Sie sahen im Eindringen der Fremdmächte lediglich die Demütigung. Sie setzten nicht auf Kooperation, sondern so oft es ging auf Konfrontation und stürzten China in immer neue verlustreiche Kriege.

In der Folge verlor China im Sino-französischen Krieg 1885 seinen Einfluss über Indochina. Nach der Niederschlagung des Boxeraufstands im Jahr 1901 war China gezwungen, Botschaften in Beijing einzurichten und die Stationierung ausländischer Truppen auf seinem Staatsgebiet zu erlauben. Am schmerzlichsten für Kaiser und für das chinesische Volk war jedoch die Niederlage gegen Japan im Jahr 1895. China verlor hierdurch nicht nur seine Vormachtstellung in Ostasien, sondern musste auch Taiwan als Kolonie an Japan abtreten. Wenig später stieg Japan durch seinen Sieg gegen Russland im Jahr 1905 zur mächtigsten Militärmacht in ganz Ostasien auf.

Sun Yat-sen (Foto: K.T. Thompson, Lizenz: Public Domain)

In ihren letzten Regierungsjahren schwenkte die Kaiserinwitwe Cixi schließlich doch noch auf einen Reformkurs um. In aller Eile wurden ein neues Schulsystem, ein reformiertes Militär und Volksversammlungen auf nationaler und lokaler Ebene eingerichtet. Diese verspäteten Reformen konnten den inneren Verfall der Dynastie aber nicht mehr aufhalten.

Zu Fall gebracht wurde der letzte Kaiser schließlich von Sun Yat-sen und Yuan Shikai. Sun Yat-sen war ein international populärer und bestens vernetzter Aktivist, welcher die Nation China unter dem Dach einer Republik vereinen wollte. Nachdem einige von ihm finanzierte aber gescheiterte Aufstandsversuche fehlgeschlagen

waren, musste Sun Yat-sen ins Exil nach Japan gehen. Dort versammelte er viele kritische chinesische Intellektuelle unter dem Dach einer revolutionären, nationalen Bewegung, welche die politischen Ideen für einen neuen Staat liefern sollte. Ihre Revolution konnte jedoch nur erfolgreich sein, weil sich Yuan Shikai, Chinas mächtigster Militär, auf die Seite der Revolutionäre schlug.

Als im Oktober 1911 in Wuhan Anhänger der revolutionären Bewegung einen bewaffneten Aufstand starteten, verweigerte Yuan Shikai dem Kaiser seinen militärischen Beistand. Nachdem sich die revolutionären Aufstände über ganz China ausgebreitet hatten, zwangen Yuan Shikai und Sun Yat-sen den letzten Kaiser schließlich zur Abdankung. Ab dem 1. Januar 1912 wurde China Republik und Sun Yat-sen ihr erster, wenn auch provisorischer, Präsident.

Die Republik China

Zerfall und Wiederaufbau

Yuan Shikai. (Lizenz: Public Domain)

Die Republik China sollte sich ihrerseits als sehr instabiles Gebilde erweisen. Bereits Anfang 1912 musste Sun Yat-sen seinen Präsidentenposten an den militärisch mächtigeren Yuan Shikai abgeben. Dieser machte in der Folge alle politischen Bestrebungen zum Aufbau einer funktionierenden Demokratie zunichte und verbot die von Sun Yat-sen 1912 in Leben gerufene Nationalpartei (Guomindang/GMD). Sun Yat-sen musste ins Exil fliehen und Yuan ging im Jahr 1915 daran seine Militärdiktatur in eine neue Kaiserdynastie umzubauen. Dieses gelang ihm aber aufgrund mangelnder Unterstützung in den Reihen seiner Gefolgsleute nicht.

Yuan Shikais plötzlicher Tod Mitte 1916 hinterließ in China ein Machtvakuum. Wie so häufig in Chinas Geschichte zerfiel das Territorium in regionale Einflussgebiete verschiedener Militärmachthaber (Warlords). Von diesen war keiner in der Lage China erneut zu einen, weil es den Militärmachthabern sowohl an militärischen Mitteln als auch an politischem Geschick mangelte. Erst als der aus dem japanischen Exil zurückgekehrte Sun Yat-sen Anfang der 1920er Jahre in Kanton in Kooperation mit der Sowjetunion mit dem Aufbau einer schlagkräftigen, wie auch politisierten Armee beginnen konnte, wurden die Grundlagen für eine militärische Einigung Festlandchinas geschaffen. Diese sollte Sun Yat-sen aber nicht mehr erleben, da er im Frühjahr 1925 starb.

Die militärische Einigung Chinas erfolgte in den Jahren 1926 bis 1928 unter der Führung Chiang Kai-sheks, dem neuen militärischen und politischen Führer der GMD, welcher Nanjing zur Hauptstadt der neuen Republik auserkor.

In der Zwischenzeit hatte sich die Sowjetunion mithilfe von Agenten

der Komintern darum bemüht, eine kommunistische Partei in China aufzubauen. In einer geheimen Sitzung wurde Mitte 1921 in Shanghai die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) gegründet. Als Gegenleistung für die militärische Unterstützung der Sowjetunion musste Sun Yat-sen zulassen, dass auch Kommunisten Mitglieder der neuen Regierung in Kanton werden durften. In ihrer Anfangszeit kooperierten KPCh und GMD und bildeten die erste Einheitsfront.

Dieses änderte sich allerdings im Jahr 1927 als Chiang Kai-shek mit den Kommunisten brach und in Shanghai ein Massaker an ihnen veranstaltete. In der Folge mussten sich die Kommunisten in die abgelegenen Bergregionen Südostchinas zurückziehen, wo Mao Zedong den ersten kommunistischen Protostaat auf chinesischem Boden aufbaute.

Krieg mit Japan und Bürgerkrieg

Chiang Kai-shek. (Lizenz: Public Domain)

Chiang Kai-shek führte fortan einen Bürgerkrieg gegen die Kommunisten. Die größere militärische Bedrohung drohte jedoch von Japan, welches im Jahr 1931 die rohstoffreiche Mandschurei annektierte. Chiang Kai-shek konzentrierte seine Angriffe jedoch weiter auf die Kommunisten, die er 1934 zur Flucht aus ihren südöstlichen Stützpunkten zwang. Dieser Rückzug ist auch als der Lange Marsch bekannt. 1936 schafften es die Kommunisten mithilfe eines Warlords, Chiang Kai-shek zu entführen und in eine neue Einheitsfront gegen die Japaner zu zwingen.

Für eine erfolgreiche Kooperation war es jedoch zu spät, denn am 7. Juli 1937 griff Japan China an und es begann der für China so verheerende 2. Sino-japanische Krieg. In schnellen offensiven Operationen eroberten die Japaner bis Herbst 1938 Chinas wichtigste urbane Zentren und zwangen Chiang Kai-sheks Regierung zum Rückzug nach Chongqing ins chinesische Hinterland.

Hierbei bedienten sich die japanischen Soldaten, frustriert von den harten Kämpfen und durch rassistische Propaganda ideologisch aufgepeitscht, häufig einer menschenverachtenden Kriegsführung. Stellvertretend hierfür steht die Einnahme Nanjings Ende 1937, im Zuge derer japanische Truppen mehrere Wochen lang ein Massaker an der Zivilbevölkerung verübten.

Trotz militärischer Unterstützung aus dem Ausland konnte die Besatzung Chinas von chinesischen Kräften nicht aktiv beendet werden. Erst die japanische Kapitulation nach den Abwürfen der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki durch die USA im August 1945 beendete den Krieg in China.

Da sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek und die Kommunisten unter Mao Zedong nach Ende der japanischen Besatzung nicht auf eine gemeinsame Regierungsform einigen konnten, kam es zu einem erneuten heftigen Aufflammen des Bürgerkrieges. Die Kommunisten, die mittlerweile über eine große in

Guerrillataktiken bewanderte Armee verfügten, konnten durch strategisch geschicktes manövrieren die nationalistischen Truppen besiegen und Chiang Kai-shek zur Flucht nach Taiwan zwingen. Nach über hundert Jahren war die Zeit der Kriege auf chinesischem Boden zu Ende gegangen.

Die Volksrepublik China unter Mao Zedong

Staatsaufbau

Mao Zedong in den 1960er Jahren. (Lizenz: Public Domain)

Nachdem die Kommunisten auf dem Schlachtfeld den Sieg davon getragen hatten, rief Mao Zedong am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China aus. Sofort begannen die Kommunisten einen sozialistischen Staat nach ihren Vorstellungen zu formen. Ihre Eingriffe in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft veränderten das Leben in China in bisher nicht gekanntem Ausmaß.

Die anfänglich noch vom Militär verwaltete Volksrepublik wurde mit Inkrafttreten einer neuen Verfassung im Jahr 1954 in die Hände der Ziviladministration übergeben. Neben dem Aufbau der Verwaltungsstrukturen trieb die KPCh vehement eine radikale Neuordnung der chinesischen Gesellschaft voran. Grundbesitzer sollten enteignet, Konterrevolutionäre vernichtet und korrupte Beamte aus dem Partei- und Verwaltungsapparat entfernt werden. Zur Erreichung dieser Ziele initiierte die KPCh zahlreiche landesweite Massenkampagnen, in welche die chinesischen Bürger aktiv eingebunden wurden. Einige dieser Massenkampagnen - wie etwa die Landreform oder die Kampagne gegen Konterrevolutionäre - waren sehr gewalttätig und kosteten hunderttausenden Chinesen das Leben.

Briefmarke mit Mao Zedong und Stalin aus dem Jahr 1950. (Lizenz: Public Domain)

Parallel zum Umbau der Gesellschaft wurde ein Wirtschaftssystem errichtet, das auf Gemeineigentum und planwirtschaftlicher Organisation fußte. Auf dem Land wurden Grundbesitzer enteignet und entrechtet. Ihr Land wurde an arme Bauern verteilt. Nach und nach wurden zudem sämtliche bäuerlichen Privatbetriebe in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengefasst bis Mitte der 1950er Jahre schließlich die gesamte Landwirtschaft Chinas kollektiviert war. In den Städten wurden Privatunternehmer eingeschüchtert und zur Aufgabe ihrer Betriebe gedrängt. Somit wurde auch die Industrieproduktion in die Hand des Staates und der Kollektive überführt.

Gleichzeitig wurde mithilfe sowjetischer Berater die staatliche Plankommission aufgebaut, welche für die Ausarbeitung der Fünf-Jahrespläne zuständig war. Neben der planwirtschaftlichen Organisation stellte die Sowjetunion der VR China zudem Kredite bereit, mit welchen der rasche Aufbau einer Schwerindustrie vorangetrieben wurde.

Die wirtschaftliche Leistung der ersten Jahre des Wiederaufbaus konnte sich durchaus sehen lassen. Insgesamt erreichte man ein Wirtschaftswachstum von 8,9%. Allerdings waren die Anteile dieses Wachstums ungleich verteilt. So stieg das industrielle Wachstum, gestützt auf massive Investitionen, sprunghaft auf 18,9% an. Die Wirtschaftsleistung der Agrarwirtschaft war jedoch mit 4,5% viel zu niedrig.

Hundert-Blumen-Bewegung und Großer Sprung

Viele Chinesen waren mit ihrer neuen Situation nicht zufrieden. Die Bauern machten die Kollektivierung nur halbherzig mit, es grassierte Korruption und Vorteilsnahme in den Reihen der KPCh und die Arbeitslosigkeit in den Städten war hoch. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre machte sich die chinesische Führung um Mao Zedong daher zunehmend Sorgen um die innere Stabilität. Hinzu kam, dass Chruschtschow Anfang 1956 in der Sowjetunion die Entstalinisierung eingeleitet hatte, was zu Aufstandsbewegungen wie in Polen und Ungarn geführt hatte. Dieses wollte man in China um jeden Preis vermeiden.

Mao entschied sich daher im Frühjahr 1957 für eine ungewöhnliche Maßnahme. Unter dem Slogan „Lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wetteifern“ wurde Intellektuellen erlaubt, politische Kritik offen zu äußern (Hundert-Blumen-Bewegung). Dieses führte jedoch zu heftiger öffentlicher Kritik an der KPCh, sodass die Führung Mitte 1957 die Kampagne ins Gegenteil verkehrte und jene, die Kritik geübt hatten, als Rechtsabweichler einstufte. In der Folge wurde der Großteil der Intellektuellen Chinas von der Partei politisch mundtot gemacht, degradiert oder verhaftet.

Eine neue Stufe politischer und ökonomischer Destabilisierung wurde durch eine revolutionäre Umstellung der Agrarpolitik im Jahr 1958 hervorgerufen, welche unter dem Namen „Der große Sprung nach vorn“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Eine missglückte Kombination aus Hyperkollektivierung („Volkskommunen“), Stahlproduktion in ländlichen Kleinstbetrieben sowie ein nicht funktionsfähiges Statistik- und Berichtswesen führte zur größten je durch menschliches Versagen verursachten Hungersnot der Weltgeschichte. Die Zahl der Hungertoten in den ländlichen Gebieten Chinas wird auf 15-40 Millionen geschätzt.

Neben der menschlichen Tragödie und einem Kollaps der gesamten chinesischen Wirtschaft führte der Große Sprung auch zu tiefen Zerwürfnissen in der Parteiführung. Bereits 1959 wurde der Verteidigungsminister Peng Dehuai entlassen, weil er Maos Strategie kritisiert hatte. Im Jahr 1962 wurde schließlich durch Ministerpräsident Liu Shaoqi eine Konsolidierungspolitik eingeleitet, an der Mao aufgrund des Misserfolges seiner Kampagne keinen Anteil mehr hatte. Mao zog sich in der Folge scheinbar aus der Tagespolitik zurück.

Die Kulturrevolution

Abbildung Roter Garden aus einem Schulbuch aus dem Jahr 1971. (Foto: Villa Giulia, Lizenz: Public Domain)

Die letzten zehn Jahre der Ära Mao Zedongs waren durch dessen Bestreben geprägt, seine politische Machtposition zurückzuerobern. Es kam zu einem Machtkampf, welcher das gesamte politische System in seinen Grundfesten erschütterte und weite Teile der chinesischen Gesellschaft traumatisierte.

Da Mao sich Mitte der 1960er Jahre nicht mehr der Unterstützung aller Teile der Partei sicher sein konnte, rief er mithilfe ihm nahestehender linksradikaler Kräfte (u.a. seiner Frau Jiang Qing) die Jugend Chinas dazu auf, sich von ihren alten Lehrern, revisionistischen Politikern, alten Sitten, Bräuchen und Gewohnheiten loszusagen und diese zu bekämpfen. Begeistert schlossen sich Millionen von Mittelschülern und Studenten als Rote Garden dieser neuen Bewegung an. Als ideologische Grundlage diente ihnen hierbei ein kleines rotes Buch mit Mao-Zitaten, das auch als Mao-Bibel bekannt ist. Die Kulturrevolution führte während der Jahre 1966-69 zum völligen Erliegen des Bildungssystems, der Entmachtung der Führungselite, zur Zerstörung der seit 1949 aufgebauten Verwaltungsstrukturen und zu Chaos und Gewalt auf den Straßen der Städte Chinas. Sie endete erst mit dem Tode Mao Zedongs am 9. September 1976.

Reformen unter Deng Xiaoping

Wirtschaftsreformen

Großes Plakat mit Reformer Deng Xiaoping in Shenzhen. (Lizenz: Public Domain)

Nach Maos Tod stieg Deng Xiaoping schnell zum mächtigsten Politiker in der KPCh auf. Unter seiner Ägide wurde mithilfe reformorientierter Politiker wie Hu Yaobang und Zhao Ziyang eine komplette Revision der maoistischen Politik durchgesetzt.

Die Hauptstoßrichtung der Reformen war eine Neuordnung des Wirtschaftssystems. Ab Beginn der 1980er Jahre mussten Bauern nicht mehr in Kollektiven produzieren, sondern konnten eigenverantwortlich wirtschaften und einen Teil

ihrer Erträge auf Märkten verkaufen. Diese Maßnahme führte zu einer raschen Ausweitung und Diversifizierung der Agrarproduktion. Da die Bauern durch materielle Anreize nicht nur mehr, sondern auch schneller produzierten, kam es zu einem Arbeitskräfteüberschuss und der flächendeckenden Entstehung von Leichtindustrie in den ländlichen Gebieten.

In den Staats- und Kollektivbetrieben der Städte wurden erstmals leistungsbezogene Löhne eingeführt und den Managern mehr Entscheidungsfreiheiten eingeräumt. Obwohl nach wie vor Planvorgaben erfüllt werden mussten, durften Betriebe bei Übererfüllung des Plansolls ihre Produkte auch auf Märkten anbieten. Als Mitte der 1980er Jahre die industriellen Planvorgaben eingefroren wurden, marginalisierte die wachsende Produktion für die Märkte den Anteil der planwirtschaftlichen Produktion am BIP. Chinas Wirtschaft „wuchs aus dem Plan heraus“.

Deng Xiaoping. Foto: Karl H. Schumacher. Lizenz: Public Domain.

Eine dritte wichtige Maßnahme war Chinas Öffnung für internationalen Handel und Auslandsinvestitionen. Hierzu wurden vier Sonderwirtschaftszonen in den Städten Shenzhen, Xiamen, Zhuhai und Shantou eingerichtet, in welchen liberalere Handelsbestimmungen galten.

Das Ergebnis der Wirtschaftsreformen unter Deng Xiaoping war unübersehbar. Es wurden nicht nur die ärgsten Hungerprobleme gelöst. Auf einmal gab es zudem ein breites Angebot unterschiedlichster Lebensmittel. Überall eröffneten Garküchen und Restaurants. In den Städten konnten sich bald viele Chinesen Fahrräder, Nähmaschinen, Radios oder sogar Fernseher kaufen. Auf dem Papier drückte sich dieser Erfolg in hohen Wachstumsraten von teilweise über 10% (1986: 15%) aus. Allerdings waren konjunkturelle und inflationäre Schwankungen ebenso ein Preis, der für den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft gezahlt werden musste.

Unterdrückung der Demokratiebewegung

Abbild der "Göttin der Demokratie", welche die Studenten bei den Protesten 1989 über den Tian'anmen-Platz trugen. Foto: Dr.kwan. Lizenz: Public Domain.

Im Gegensatz zum Wirtschaftssystem wurde das politische System weitgehend unangetastet gelassen. Zwar legte man Wert darauf, die politische Ordnung und Verwaltungsstrukturen nach der Kulturrevolution wiederherzustellen, eine Beendigung der Ein-Parteien-Herrschaft der KPCh wurde jedoch nie angestrebt.

Dabei hatten sich während der ganzen 1980er Jahre immer wieder Protestbewegungen aus dem Volk formiert, die für Rede- und Versammlungsfreiheit, demokratische Partizipation und

Gewaltenteilung eintraten. Bereits kurz nach Beginn der Wirtschaftsreformen initiierten politische Aktivisten 1979 die sogenannte Mauer der Demokratie. An einer Ziegelmauer in Beijing wurden Wandzeitungen befestigt, die die Kulturrevolution und Deng Xiaoping kritisierten. Die berühmteste Wandzeitung war diejenige von Wei Jingsheng, welche sich explizit für die Errichtung einer Demokratie in China aussprach.

Diese erste Demokratiebewegung wurde rasch verboten, flammte aber Ende 1986 wieder auf, als der Astrophysiker Fang Lizhi mehrmals vor zehntausenden Personen für freie Wahlen der Volkskongresse eintrat. Auch diese Bewegung wurde unter Androhung von Gewalt von der Regierung unterdrückt. Gleichzeitig wurde der Generalsekretär der liberale KPCh Hu Yaobang, dem eine Mitschuld an der Protestbewegung gegeben wurde, durch Zhao Ziyang abgelöst und der konservative Li Peng zu Premierminister ernannt.

Ministerpräsident Li Peng. Foto: World Economic Forum. Lizenz: Public Domain.

Grassierende Korruption, das Gefühl ökonomischer Unsicherheit und vor allem die Angst vor einer massiven Inflation trieben die Protestierenden Anfang des Jahres 1989 zurück auf die Straßen. Auslöser war der Tod des ehemaligen Generalsekretärs der KPCh Hu Yaobang am 15. April 1989. Die spontanen Trauerbezeugungen der Beijinger Studentenschaft wuchs sich im Mai 1989 zu einer Besetzung des Tian'anmen-Platzes im Herzen Beijings aus. Studentische Anführer der Bewegung, wie Wu'er Kaixi, Wang Dan und Chai Ling, forderten von der Regierung Verhandlungen über politische Reformen.

Die konservativen Kräfte in der Spitze der KPCh um Ministerpräsident Li Peng hatten mittlerweile die Oberhand gewonnen und befürworteten eine gewaltsame Auflösung der Proteste. Deng Xiaoping, der neben seinem unbedingten ökonomischen Reformwillen immer auch die Herrschaft der KPCh als alleinige Partei betont hatte, gab daher den Befehl zur gewaltsamen Auflösung der Proteste.

In der Nacht vom 3. auf den 4. Juni rückten Panzer und mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten auf den Tian'anmen-Platz vor. Hierbei richteten auf den Ausfallstraßen zum Platz ein Massaker an der sich mit den Studenten solidarisierenden Stadtbevölkerung Beijings an. Mit dem Massaker am Platz des „Himmlischen Friedens“ waren alle Hoffnungen auf Reformen des politischen Systems zunichte gemacht worden.

Die zweite Reformphase und das neue Jahrtausend

Jiang Zemins Regierungszeit

Generalsekretär Jiang Zemin. Foto: Kremlin.ru. Lizenz: CC BY-SA 3.0.

In der Folge der Geschehnisse von 1989 kam es aufgrund der nun übermächtigen konservativen Kräfte in der Regierung vorübergehend zu einer Wiederbelebung staatswirtschaftlicher Mechanismen. Diesen Bestrebungen setzte sich Deng Xiaoping im Frühjahr 1992 vehement entgegen, indem er mit einer heute als „Reise in den Süden“ bekannten Propagandatour für die Ausweitung der Wirtschaftsreformen, die wirtschaftspolitische Initiative zurückerlangte.

Der seit 1990 amtierende Generalsekretär der KPCh Jiang Zemin schwenkte auf Deng Xiaopings Kurs ein. Gemeinsam mit dem späteren Premierminister Zhu Rongji bereitete nun er den Weg für Chinas „sozialistische Marktwirtschaft“. Die Planwirtschaft der VR China wurde vollständig abgeschafft. In einem neuen Gesellschaftsgesetz aus dem Jahr 1994 wurde für die Errichtung von Privatbetrieben und der Abwicklung insolventer Staatsbetriebe eine legale Grundlage geschaffen. Im Jahr 1997 wurden schließlich tausende insolventer Staatsbetriebe aufgelöst und Millionen von Arbeitern aus der Hand des Staates in die freie Wirtschaft bzw. Arbeitslosigkeit entlassen. Gleichzeitig wurden hohe ausländische Direktinvestitionen nach China gelenkt und der internationale Handel ausgebaut. Höhepunkt dieser Entwicklung war der Beitritt zu WTO im Jahr 2001.

Als Deng Xiaoping am 19. Februar 1997 starb, hinterließ er ein wirtschaftlich prosperierendes und gleichzeitig politisch stagnierendes China. Doch während die Wirtschaft im zweistelligen Bereich wuchs, zeichnete sich ebenso ab, dass die Reformen nicht nur Gewinner, sondern auch viele Verlierer hervorgebracht hatte, zu denen vor allem Chinas Bauern und Wanderarbeiter zählten.

China unter Hu Jintao

Generalsekretär Hu Jintao. Foto: Helene C. Stikkel. Lizenz: Public Domain.

Im Jahr 2002 wurde Hu Jintao zum Generalsekretär der KPCh ernannt und Wen Jiabao wurde Premierminister. Obwohl beide die Reformpolitik stützten, bemühten sie sich dennoch, die immer stärker zu Tage tretenden sozialen Ungleichheiten, welche Chinas neuer Kapitalismus hervorgebracht hatte, abzumildern. Als Leitbild galt hierbei Hu Jintaos Konzept einer "harmonischen Gesellschaft".

Statt wie ihre Vorgänger elementare Strukturreformen voranzutreiben, verlegten sie sich jedoch auf die fiskalpolitische Abfederung sozialer Härten. So wurden beispielsweise die Agrarsteuern abgeschafft und höhere Mittel für den Ausbau der ländlichen Sozial- und Infrastruktursysteme aufgewandt. Die grundlegenden Einkommensunterschiede in der VR China konnten hierdurch aber nicht beseitigt werden. Hingegen wurde im

Olympiajahr 2008 erstmals die ökonomische Verletzbarkeit der VR China deutlich, als in Folge der Weltwirtschaftskrise die Exporte einbrachen und die Regierung milliardenschwere Rettungspakete auflegen musste.

Die Regierung Xi Jinping

Staatspräsident Xi Jinping. Foto: Antilong. Lizenz: CC BY-SA 3.0.

Xi Jingpings erste Amtszeit (2012-2017) wurde von Xis persönlicher Machtkonsolidierung und der Strukturreform der Volksbefreiungsarmee geprägt. Im Bereich der Wirtschaft wurden hingegen entscheidende Probleme wie Überschuldung, Überkapazitäten und verschleppte Strukturreformen nach wie vor nicht gelöst. Von einer politischen Liberalisierung rückte China unter Xi Jinping immer weiter ab. Vielmehr wird digitale Informationstechnik dazu eingesetzt, einen umfassenden Überwachungsapparat aufzubauen.

Wichtigstes Instrument von Xi Jinpings Machtkonsolidierung ist bis heute die zu Beginn seiner ersten Amtszeit initiierte Kampagne gegen Korruption im Zuge derer nicht nur Parteikader der unteren Ränge zur Rechenschaft gezogen wurden, sondern auch 150 Politiker ("Tiger") aus der oberen Führungsriege der Partei. Neben diesen personellen Konsolidierungsmaßnahmen wurden Anstrengungen unternommen, die Partei auf die Person Xi Jinping auszurichten. Ende 2016 wurde vom Zentralkomitee der KPCh ein Dokument veröffentlicht, das Xi Jinping als „Führungskern“ der Partei bezeichnet. Diese auf eine starke Führungsperson ausgerichtete Politik findet ihre Entsprechung in Zentralisierungstendenzen des politischen Apparates. So ist Xi Jinping persönlich Vorsitzender etlicher Führungsgruppen der KPCh, darunter so entscheidende wie derjenigen für nationale Sicherheit, derjenigen für Cybersicherheit oder derjenigen für die Militärreform.

Die von Xi Jinping durchgeführte Reorganisation der Volksbefreiungsarmee beinhaltete neben der Verjüngung und Professionalisierung des militärischen Führungspersonals auch eine Zentralisierung der übergeordneten Organisationsstrukturen. Dieses erlaubt dem Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission der KPCh, derzeit Xi Jinping, einen direkteren Zugriff auf die Streitkräfte als bisher.

Auf dem 19. Parteitag im Oktober 2017 wurde Xi Jinping als Parteichef bestätigt. Zusätzlich wurden wichtige Führungspositionen neu besetzt. Neben Generalsekretär Xi Jinping und Ministerpräsident Li Keqiang wurden Li Zhanshu, Wang Yang, Wang Huning, Zhao Leji und Han Zheng in den ständigen Ausschuss des Politbüros aufgenommen. Neben zentralen Personalentscheidungen wurde Xi Jinpings Theorie des "Sozialismus chinesischer Prägung in einer neuen Ära" in das Parteistatut aufgenommen. Xi Jinpings Ideen werden durch systematische Indoktrinationsmaßnahmen in Partei, Bildungseinrichtungen und Bevölkerung verbreitet.

Im März 2018 wurde durch den Nationalen Volkskongress beschlossen, die in der Verfassung bislang vorgeschriebene Begrenzung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf zwei Legislaturperioden aufzuheben. Somit ist es Xi Jinping theoretisch möglich Staatspräsident auf Lebenszeit zu bleiben. Gleichzeitig wurde das Amt des Vizepräsidenten mit Wang Qishan besetzt. Der 69-jährige Wang war in Xis erster Amtszeit für die Durchführung der Anti-Korruptionskampagne verantwortlich und zählt zu Xis engsten Vertrauten. Xi startet daher mit einer persönlichen Machtfülle in seine zweite Amtszeit, welche seinen beiden Vorgängern in dieser Form nicht zu Gebote stand, so dass er seine Zentralisierungsmaßnahmen fortführen kann.

Charakteristisch für Xis Politik ist außerdem neben der Militärreform eine Stärkung und Neuausrichtung der Organe der inneren Sicherheit.

Der Beginn der zweiten Amtszeit Xis markiert auch den Beginn der zweiten Phase der Anti-Korruptionskampagne, die über die Partei hinaus auf den gesamten öffentlichen Dienst ausgeweitet wurde. Der Nationale Volkskongress beschloss im März 2018 die Einrichtung einer "Nationalen Aufsichtskommission". Diese verfügt über weitreichende Rechte. So kann die Kommission Verdächtige verhören und in Haft nehmen ohne dass diese Anspruch auf einen Anwalt haben.

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh)

Die Volksrepublik China wird von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) regiert. Die KPCh ist die mächtigste politische Organisation, der alle staatlichen Institutionen de facto untergeordnet sind. Andere Parteien, die von der KPCh geduldet werden, wie beispielsweise der Demokratische Bund oder das Revolutionäre Komitee der Guomindang, sind faktisch machtlos.

Obwohl die KPCh annähernd 90 Mio. Mitglieder verfügt, was einem Bevölkerungsanteil von über 6% entspricht, ist ein Großteil der politischen Macht in den Händen einiger weniger Personen konzentriert. Zentrales Entscheidungsorgan ist das Zentralkomitee der KPCh, welches derzeit über 204 Vollmitglieder und 172 sogenannte „Kandidaten“ (ohne Stimmrecht) verfügt.

Den Kern des Zentralkomitees wiederum bildet das Politbüro des Zentralkomitees der KPCh, welches 25 Mitglieder umfasst und in dessen ständigem Ausschuss die mächtigsten Führer der VR China versammelt sind. Der Vorsitzende des Politbüros ist der Generalsekretär der KPCh, derzeit Xi Jinping. Er ist die politisch mächtigste Person der VR China.

Wichtige Personal- und Richtungsentscheidungen der Partei werden durch den alle fünf Jahre im Herbst stattfindenden Parteitag festgelegt. Zwar werden Positionen offiziell per Wahlentscheid des Delegiertenplenums besetzt, dennoch werden alle wichtigen Personalentscheidungen vorab durch interne Nomenklatur vergeben.

Personelle Neubesetzungen verlaufen seit Beginn des neuen Jahrtausends in der Regel relativ ruhig. In jüngster Zeit wurden allerdings im Rahmen von Anti-Korruptionskampagnen erstmals seit langem wieder harte Zwangsmaßnahmen gegen hochrangige Parteimitglieder ergriffen. So wurden die ehemaligen Politbüromitglieder Bo Xilai (2012) und Zhou Yongkang (2015) aus der Partei ausgeschlossen und in Gerichtsverfahren zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

Die staatlichen Organe Chinas sind auf vielfache Weise mit der Parteibürokratie der KPCh verknüpft. So bekleiden die führenden Mitglieder des ständigen Ausschusses des Politbüros immer auch zentrale Positionen der wichtigsten von der Verfassung vorgegebenen Staatsorgane: Generalsekretär Xi Jinping ist gleichzeitig Staatspräsident. Li Keqiang, das zweitmächtigste Politbüromitglied, ist Ministerpräsident, Li Zhanshu ist Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses (NVK) und Wang Yang ist Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Zhang Dejiang und Yu Zhengsheng werden voraussichtlich Anfang 2018 durch Mitglieder des Ende 2017 neuen ernannten Ständigen Ausschuss des ZK der KPCh abgelöst werden.

Abgesehen davon, dass alle wichtigen Staatsämter von Führungskadern der KPCh bekleidet werden, finden sich zudem in allen Ministerien, Ämtern, Staatsbetrieben, Universitäten usw. sogenannte „Parteigruppen“, welche die Arbeit dieser Institutionen überwachen.

Ein entscheidender Machtfaktor der KPCh ist zudem der bis heute bestehende direkte Zugriff auf das Militär. So untersteht die chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA) bis heute der Zentralen Militärkommission der KPCh. Der Vorsitzende der Zentralen Militärkommission ist in der Regel der Generalsekretär der KPCh.

Neben der Militärkommission existieren weitere wichtige Abteilungen in der Partei, die einen großen Einfluss besitzen. Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit (vormals: Propagandaabteilung) ist Herrin der gesamten Medienlandschaft der VR China. Die Disziplin- und Kontrollkommission ist eine Art paralleles Justizsystem für Parteimitglieder, welches eine wichtige Rolle bei Korruptionsbekämpfung spielt. Der Kommission für Politik und Recht unterstehen die Organe der inneren Sicherheit. Die Organisationsabteilung verwaltet die Nomenklatur und Personalakten der Partei. Verschiedene Parteischulen dienen als Kaderschmieden zukünftiger Führungsgenerationen.

Das ideologische Profil der KPCh hat sich im Laufe des Bestehens der VR China stetig gewandelt. Nach wie vor gelten die in den von Deng Xiaoping im Jahr 1979 verkündeten „vier Prinzipien“, laut denen China den sozialistischen Weg gehen, die Diktatur des Proletariats bewahren, von der KPCh geführt werden und den Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Zedongs beherzigen soll.

Obwohl diese Kernideologie nach wie vor im Parteistatut verankert ist, so ist sie doch durch vielfältige Beiträge ergänzt und teilweise in den Hintergrund gedrängt worden. Jiang Zemins Theorie des „Dreifachen Vertretens“, die 2002 in das Parteistatut aufgenommen wurde, beansprucht nicht nur die „Volksmassen“, sondern auch die „fortschrittliche Kultur“ und die „fortschrittlichen Produktivkräfte“ (Unternehmer) zu vertreten, womit der Grundsatz einer „Diktatur des Proletariats“ aufgeweicht wurde. Das von Hu Jintao propagierte „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ und dessen Idee einer „harmonischen Gesellschaft“ bringen hingegen Hus stärker sozialpolitische Orientierung zum Ausdruck. Auf dem 19. Parteitag Ende 2017 wurden Xi Jinpings ideologische Kerngedanken, die als Theorie eines "Sozialismus chinesischer Prägung in einer neuen Ära" bezeichnet werden, in das Parteistatut aufgenommen.

Verfassung und Staatsaufbau

Die Verfassung der VR China

Seit dem Jahr 1954 besitzt die VR China eine Verfassung. Die derzeit gültige Verfassung der VR China stammt aus dem Jahr 1982 und wurde zuletzt im Jahr 2004 geändert. Der Verfassungstext behandelt die grundlegenden Rechte und Pflichten der chinesischen Staatsbürger und legt die Organisation des Staatsaufbaus fest. Staatsoberhaupt ist laut Verfassung der Staatspräsident, welcher allerdings eine eher repräsentative Rolle im politischen Prozess einnimmt. Dennoch wird das

Amt des Staatspräsidenten in der Regel von der politisch mächtigsten Person ausgeübt, wie derzeit von Xi Jinping. Im März 2018 wurde die Begrenzung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf zwei Jahre aufgehoben.

In Artikel 1 wird die VR China als „sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes“ definiert, welche „ihrem Wesen nach eine Diktatur des Proletariats“ verwirklicht. Dieses bedeutet de facto, dass der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) eine Führungsrolle zukommt, worauf in der Präambel der Verfassung mehrfach hingewiesen wird.

Weiteres Charakteristikum des „sozialistischen Staates“ ist die nach wie vor wichtige Rolle des Gemeineigentums (Art. 6). So ist beispielsweise sämtlicher Boden in der VR China laut Verfassung nach wie vor Staats- bzw. Kollektiveigentum (Art. 10). Obwohl sich die VR China seit 1992 als „sozialistische Marktwirtschaft“ begreift, wurden private Eigentumsrechte erst im Jahr 2004 in die Verfassung aufgenommen (Art. 13).

In der Verfassung finden sich eine Vielzahl freiheitlicher Grundrechte wie Gleichberechtigung, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Unverletzlichkeit der persönlichen Würde usw.

Auch wurden im Zuge der letzten Verfassungsrevision im Jahr 2004 die Menschenrechte ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen (Art. 33). Allerdings bestimmt Art. 51 der Verfassung, dass die chinesischen Bürger bei der Ausübung ihrer Rechte und Freiheiten die Interessen des Staates, der Gesellschaft und des Kollektivs nicht verletzen dürfen. Das Kollektiv steht somit selbst de jure nach wie vor über den individuellen Rechten.

Der nationale Volkskongress (NVK)

Nationaler Volkskongress in der Großen Halle des Volkes in Beijing. Foto: Dong Fang. Lizenz: Public Domain.

Das formal höchste Staatsorgan der VR China ist laut Verfassung der Nationale Volkskongress (NVK). Rein rechtlich handelt es sich hierbei um ein Parlament, das alle fünf Jahre durch indirekte Wahl bestimmt wird. Zu den Aufgaben des NVK gehören die Verabschiedung von Gesetzen und die Wahl der führenden Mitglieder des Staatsapparates.

Die Vollversammlung des NVK umfasst rund 3.000 Abgeordnete und tagt nur einmal jährlich im Frühjahr. Ein Großteil der Koordination der Gesetzgebungstätigkeit wird daher vom Ständigen Ausschuss des NVK übernommen, der derzeit 161 Mitglieder besitzt. Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK ist mit Li Zhanshu ein hochrangiges Mitglied des Politbüros der KPCh.

Der NVK ist kein freies Parlament, wie man es aus parlamentarischen Demokratien kennt. So werden die Kandidatenposten für die Wahl der lokalen Volkskongresse, aus denen die Delegierten für den NVK hervorgehen, von den örtlichen Kadern der KPCh bestimmt. Gesetze werden nicht ausgiebig diskutiert, sondern es werden von der KPCh ausgearbeitete Gesetzesvorlagen durchgewinkt. Noch nie wurde ein Vorschlag der Regierung

abgelehnt.

Der Staatsrat

Eine wichtigere Rolle als dem NVK kommt dem Staatsrat zu, welcher die „zentrale Volksregierung“ repräsentiert. Der Staatsrat besitzt einen ständigen Ausschuss, an dessen Spitze der Vorsitzende des Staatsrates - der Ministerpräsident der VR China - steht. Der Staatsrat besteht aus 25 Ministerien und Kommissionen. Derzeitiger Ministerpräsident ist Li Keqiang.

Neben den für moderne Regierungen üblichen Ministerien für Finanzen, Innen- und Außenbeziehungen, Bildung, Verkehr, Innere Sicherheit usw. existieren einige besondere Organe, welche sich in dieser Form nur in der Volksrepublik China finden. Hierzu zählt zum einen die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform, welche eine Nachfolgerin der Staatlichen Plankommission ist, und bis heute die makroökonomischen Ziele der VR China erarbeitet. Eine weitere Besonderheit ist die Staatliche Kommission zur Verwaltung und Aufsicht des Staatsvermögens (SASAC), welche für die Aufsicht von Chinas Staatsbetrieben zuständig ist.

Lokalverwaltung

Neben der nationalen Ebene gibt es in der VR China fünf weitere Verwaltungsebenen, auf denen ebenfalls Volkskongresse, Volksregierungen und Parteikomitees der KPCh existieren. Die wichtigste lokale Verwaltungsebene ist die Provinzebene. Es gibt 22 Provinzen, fünf „Autonome Regionen“ (Tibet, Xinjiang, Innere Mongolei, Ningxia und Guangxi), vier regierungsunmittelbare Städte (Beijing, Tianjin, Shanghai und Chongqing) sowie zwei Sonderverwaltungsregionen (Hongkong und Macao). Unterhalb der Provinzen finden sich 333 Präfekturen, 2.854 Kreise, etwa 40.000 Gemeinden und über 640.000 Dörfer. Ähnlich wie auf der nationalen Ebene wird die politische Macht hauptsächlich durch die örtlichen Parteikomitees und nicht durch die Verfassungsorgane bestimmt.

Die VR China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz. Ziel der Regierung ist es, Taiwan formell in das Staatswesen der VR China einzugliedern. Taiwan, welches sich mittlerweile zu einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie gewandelt hat, will dieses jedoch nicht. Anfang 2016 wurde mit Tsai Ing-wen zudem eine Präsidentin gewählt, die aus dem Lager der Unabhängigkeitsbefürworter kommt. Einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans steht jedoch ein 2005 in der VR China erlassenes Anti-Sezessionsgesetz im Wege, welches im Falle einer Unabhängigkeitserklärung militärische Mittel androht. Tsai Ing-wen wurde im Frühjahr 2020 erneut zur Präsidentin gewählt.

Den Sonderverwaltungszonen Hongkong und Macao wurde nach dem Prinzip "ein Land, zwei Systeme" die Beibehaltung ihrer ökonomischen und politischen Strukturen für 50 Jahre garantiert. Die vollständige Wiedereingliederung soll für Hongkong im Jahr 2047 und für Macao im Jahr 2049 erfolgen.

Die Hongkonger Protestbewegung

Mitte 2019 entstand in der Sonderverwaltungszone Hongkong eine Protestbewegung gegen die politischen Eingriffe durch die Regierung in Beijing.

Bereits im Jahr 2014 kam es im Zuge der Einsetzung des neuen Hongkonger Regierungschefs zur so genannten "Regenschirm-Revolution", bei der Protestierende mehr demokratische Rechte einforderten. Im Zuge der geplanten Verabschiedung eines Gesetzes, das die Auslieferung von

Hongkonger Bürgern an Festlandchina vorsah, kam es im Sommer 2019 zu Massenprotesten und den größten Demonstrationen in Hongkong seit 1989.

Mitte August wurde bekannt, dass China Einheiten der bewaffneten Volkspolizei (paramilitärische Einheit zur Aufstandsbekämpfung) in der an Hongkong grenzenden Stadt Shenzhen stationierte. Trotzdem kamen kurze Zeit später 1,7 Millionen Hongkonger Bürger zu einer Großdemonstration zusammen. Zwar wurde das Auslieferungsgesetz Anfang September von der Hongkonger Regierung offiziell zurückgenommen, da sich die Proteste aber mittlerweile nicht mehr nur gegen das Gesetz sondern gegen die Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte im Allgemeinen richten, hielten die Proteste an.

Konkret stellten die Protestierenden fünf Forderungen auf, welche auf eine Entkriminalisierung der Proteste abzielten. Dass dieses Forderungspaket von einer Mehrheit der Hongkonger Bevölkerung mitgetragen wurde, zeigte sich bei den Bezirkswahlen am 24. November 2019, in denen die Unterstützer der Forderungen 57% der Stimmen und somit die Mehrheit in 17 von 18 Bezirksversammlungen (391 von 452) Sitzen gewinnen konnten.

Die Regierung in Beijing ließ jedoch keine Bereitschaft zu Zugeständnissen, die über die Rücknahme des Auslieferungsgesetzes hinausgehen, erkennen. Vielmehr trat Ende Juni 2020 ein von der Regierung in Beijing erlassenes Sicherheitsgesetzt für Hongkong in Kraft "Separatismus, Subversion, Terrorismus, Kollaboration mit ausländischen Mächten" unter Strafe stellt. Das Inkrafttreten des Gesetzes hatte gravierende Auswirkungen auf die Hongkonger Demokratiebewegung. Viele demokratische Gruppen lösten sich im Verlauf des Juli auf, darunter auch die Demosisto von Joshua Wong. Joshua Wong selbst wurde im November 2020 zu einer über einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Rechtsstaat und Menschenrechte

Justiz und Rechtsprechung

Das heutige Rechtssystem ist ein Ergebnis der Anfang der 1980er Jahre von Deng Xiaoping eingeleiteten Wirtschaftsreformen. Die negativen Erfahrungen der Kulturrevolution, die Einführung marktwirtschaftlicher Prozesse und die verstärkte internationale Kooperation machten die Erarbeitung neuer und verlässlicher Regelwerke notwendig. Ein Großteil der chinesischen Gesetze ist daher in den letzten 30 Jahren erlassen worden. Hierzu gehören nicht nur Wirtschafts- und Außenhandelsgesetze sondern auch zivilrechtliche Bestimmungen, Strafgesetzbücher, Prozessordnungen, Verfassungsrevisionen usw. Der Gesetzeskanon der VR China erfasst mittlerweile nahezu alle Bereiche des alltäglichen Lebens.

Das Recht der VR China ist nicht nur umfangreicher geworden, sondern hat sich in vielen Bereichen internationalen Standards angenähert. So wurde beispielsweise die Unschuldsvermutung in die Strafprozessordnung aufgenommen. Auch existiert seit Ende der 1980er Jahre ein Verwaltungsprozessgesetz und eine Verwaltungsgerichtsbarkeit, die es zumindest theoretisch ermöglichen, dass chinesische Bürger gegen den Staat prozessieren.

Das zentrale Problem des chinesischen Rechtsstaats ist aber weniger die Abwesenheit von Gesetzen als vielmehr deren mangelhafte Durchsetzung. So ist es bezeichnend, dass immer noch 99,9% der Angeklagten schuldig gesprochen werden. Neben Problemen wie Korruption und schlecht ausgebildetem Personal gibt es vor allem Mängel im Justizwesen.

Das Justizwesen der VR China besteht aus dem Obersten Volksgericht, sowie Volksgerichten auf verschiedenen lokalen Verwaltungsstufen. Alle Richter in der VR China werden von der Partei

nominiert und von den Volkskongressen der entsprechenden Verwaltungsebenen gewählt. Sie werden nicht auf Lebenszeit gewählt, sondern lediglich für fünf Jahre. Sowohl das Ernennungsverfahren als auch die beschränkte Amtszeit verletzen das Prinzip der Gewaltenteilung. Hinzu kommt, dass wichtige Entscheidungen von einem sogenannten Rechtssprechungsausschuss vorab nichtöffentlich verhandelt werden können. Hierbei kann der Gerichtspräsident dem zuständigen Richter ein Urteil vorgeben.

China ist nach wie vor das Land, mit den meisten Todesurteilen pro Jahr. Die VR China hält die Zahl der vollstreckten Todesurteile geheim. Zwar scheint die Zahl der Exekutionen rückläufig zu sein, doch nach Schätzungen internationaler Beobachter beläuft sie sich nach wie vor auf über 2.000 pro Jahr. Internationale Kritik erregte die Praxis, Organe von Hingerichteten für Transplantationen zu verwenden.

Allerdings ist die Zahl der Delikte, für die die Todesstrafe verhängt wird, in den letzten Jahren geringer geworden. Vor allem Verbrechen ohne Gewaltanwendung wie Schmuggel von Waffen und Atommaterial, Währungsfälschung, betrügerische Geldbeschaffung oder Prostitutionsstraftaten werden nun mit lebenslanger Haft bestraft.

Korruption

Korruption war und ist in China ein großes Thema. Sie ist auf allen Ebenen von Partei, Staat, Militär und Wirtschaft anzutreffen und wird von vielen Chinesen als großes Übel empfunden.

Abseits der großen Skandale um führende Köpfe aus Politik und Wirtschaft ist vor allem die in den ländlichen Gebieten grassierende Korruption lokaler Kader ein großes Problem. Diese nutzen die Verwaltungshoheit über die Bodenrechte häufig dazu, Boden von Bauern zu enteignen und gewinnbringend an reiche Investoren zu verpachten. Den Bauern hingegen wird, wenn überhaupt, nur eine Kompensation unter Marktwert gewährt. Diese und andere Praktiken haben dazu geführt, dass die Zahl von Protesten in den ländlichen Gebieten ein großes Ausmaß angenommen haben. Allein im Jahr 2010 zählte man 180.000 sogenannter Massenvorfälle.

Unter anderem aus Furcht um die innere Sicherheit hat Staatschef Xi Jinping seit seinem Amtsantritt im Jahr 2012 eine große Kampagne gegen Korruption eingeleitet, welche derartigen Umtrieben auf allen Ebenen der Partei einen Riegel vorschieben soll. Zwar werden nun tatsächlich Fälle von Korruption von der Partei aktiv bekämpft, dennoch wird dieser Kampf in erster Linie von der Disziplinar-Kommission der KPCh geführt und nicht von Staatsanwaltschaft und Gerichten. Es ist Opfern von Korruption in Chinas Dörfern nach wie vor nahezu unmöglich, lokale Parteikader anzuzeigen und vor Gericht zu bringen. Viele Menschenrechtsanwälte, die sich für arme Bauern einsetzen, landen nicht selten selbst im Gefängnis.

Anti-Korruptionskampagnen in China dienen neben ihrem eigentlichen Zweck auch stets der Machtsicherung der Herrschenden. Seit Beginn der Machtübernahme Xi Jinpings nicht nur tausende lokaler Parteikader, sondern auch hochrangige Parteimitglieder attackiert. So wurden die ehemaligen Politbüromitglieder Bo Xilai (2012) und Zhou Yongkang (2015) aus der Partei ausgeschlossen und in Gerichtsverfahren zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

Im März 2018 wurde mit der "Nationale Aufsichtskommission" die Errichtung einer Super-Überwachungsbehörde beschlossen, welche die Korruptionsbekämpfung über die Partei hinaus auf staatliche Behörden und den öffentlichen Dienst ausweitet.

Die Menschenrechte

Offiziell erkennt China die grundlegenden Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen sowie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte an. Ausserdem hat die VR China einer Reihe von Übereinkünften zum Schutz der Menschenrechte der Vereinten Nationen zugestimmt.

Tatsächlich gibt es Bereiche, in denen sich die individuellen Freiräume der Bürger in Wirtschaft und Gesellschaft vergrößert haben. Hierzu zählen die Legalisierung privaten Eigentums, eine erweiterte Mobilität und verbesserte beruflichen und wirtschaftlichen Chancen. Auch gibt es zahlreiche Bemühungen, das chinesische Rechtssystem zu reformieren.

Amnesty International, Human Rights Watch und andere Nichtregierungsorganisationen (NROs) berichten jedoch immer wieder von Menschenrechtsverletzungen. Es gibt zahlreiche Verletzungen rechtsstaatlicher Mindeststandards, etwa die Strafverfolgung aus politischen Gründen, Haftstrafen ohne Gerichtsurteil und Folter. Des weiteren fehlen echte Presse- und Meinungsfreiheit sowie unabhängige Gewerkschaften.

Hinzu kommt, dass die chinesische Regierung in den letzten Jahren verstärkt Gesetze im Bereich der nationalen Sicherheit erlassen hat, die die staatlichen Kontrollmöglichkeiten systematisch ausgeweitet haben. Hierzu gehören das Gesetz zum Schutz von Staatsgeheimnissen (2010), das Gesetz zur Verteidigungsmobilisierung (2010), das Gesetz zur Spionageabwehr (2014) das Gesetz zur Terrorismusbekämpfung (2015), oder das nationale Sicherheitsgesetz (2015). Neu hinzugekommen sind 2016 zudem das Gesetz zu Verwaltung ausländischer NROs sowie ein Gesetz zur Cybersicherheit.

Welch schweren Stand die Durchsetzung von Menschenrechten in der VR China hat, zeigt das harte Durchgreifen staatlicher Behörden gegenüber Menschenrechtsanwälten. Seit dem 9. Juli 2015 wurden rund 300 Anwälte und Aktivisten verhaftet („709-Verhaftungen“) und wegen Untergrabung der nationalen Sicherheit teils zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die Einschüchterung der chinesischen Anwaltschaft durch die staatlichen Behörden offenbart gravierende Mängel bei der Reform des chinesischen Justizwesens.

Besonders prekär ist die Lage der Menschenrechte in der Region Xinjiang, in der die chinesische Regierung missliebige Uiguren seit 2018 zu tausenden in Lagern zur Umerziehung interniert. Hierbei kommen auch umfangreiche digitale Instrumente zur Ausspähung und Überwachung der uigurischen Bevölkerung zum Einsatz. Im November 2019 veröffentlichte das Internationale Netzwerk investigativer Journalisten (ICIJ) unter der Bezeichnung China Cables mehrere hundert Seiten geleakter Behördendokumente über das Vorgehen der Behörden in Xinjiang. Anfang Dezember verabschiedete das US-Repräsentatenhaus ein Gesetz, welches die Schließung der Internierungslager fordert.

Besorgniserregend ist zudem die zunehmende staatliche Überwachung chinesischer Bürger. Diese entwickelt sich rasant und nimmt immer neue Formen an. Vor allem der technische Fortschritt eröffnet den Behörden immer weitreichendere Möglichkeiten. Hierbei werden Daten nicht mehr nur gesammelt (z.B. durch Überwachung sozialer Netzwerke, elektronischer Gesichtserkennung, DNA-Datenbanken usw.), sondern diese auch zur systematischen Erstellung sozialer Verhaltensprofile genutzt. In einigen Städten Chinas werden bereits "Sozialkreditsysteme" erprobt, welche Individuen für ihr digital erfasstes Sozialverhalten belohnen bzw. bestrafen. Während sozial erwünschtes Verhalten zu Vergünstigungen beim Bezug staatlicher Dienstleistung führt, werden diese bei einem negativen Sozialprofil eingeschränkt. Welche weitreichenden Folgen dieses haben kann zeigt eine schwarze Liste des obersten Gerichts der VR China, auf der 6,7 Millionen Personen mit schlechter Zahlungsmoral gelistet sind. Diesen Personen ist es nicht mehr möglich Flug- oder Schnellzugtickets zu erwerben.

Medien und Meinungsfreiheit

Zeitungen und Rundfunk

Zentrales Nachrichtenorgan der VR China ist die Xinhua-Nachrichtenagentur, welche die chinesischen Massenmedien mit nationalen und internationalen Nachrichten versorgt. Die Xinhua-Agentur ist der Nachrichtenmonopolist der VR China und kann Zeitungen und Rundfunkstationen vorschreiben, welche Nachrichten veröffentlicht werden müssen. Zur Xinhua-Agentur gehören eine Reihe wichtiger Zeitungen. Die bekannteste Zeitung ist die Renmin Ribao (Volkszeitung), welche seit 1948 das zentrale Presseorgan der KPCh ist.

Trotz zentralistischer Aufsicht hat sich die Presselandschaft in der VR China seit den 1990er Jahren stark diversifiziert. Es gibt und 2000 Zeitungen und 10.000 Zeitschriften. Neben den großen überregionalen Zeitungen der Xinhua-Agentur existieren zahlreiche Lokalzeitungen. Einige von ihnen, wie die in Guangzhou erscheinende Nanfang Dushibao (Southern Metropolis Daily) oder die Wochenzeitung Nanfang Zhoumo (Southern Weekend) sind für eine relativ liberale und kritische Haltung überregional bekannt. Die wichtigste englischsprachige Zeitung der VR China ist die China Daily. Neben Tages- und Wochenzeitungen gibt es Fachmagazine zu den unterschiedlichsten Themen. Auch hier finden sich vereinzelt vergleichsweise kritische Publikationen, wie das Magazin Caijing (Finance) oder das hieraus hervorgegangene Caixin aus Beijing.

Die wichtigste Fernsehanstalt der VR China ist das China Central Television (CCTV), welches 22 Programme sendet, darunter fünf in Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch, Arabisch). Die wichtigste Radioanstalt ist China National Radio (CNR), welche auch Programme in verschiedenen nationalen Sprachen und Dialekten ausstrahlt. Die Internationale Rundfunkanstalt Chinas Radio China International (CRI) hat auch ein deutsches Programm.

Medienkontrolle und Zensur

Obwohl die Verfassung der VR China Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit garantiert, gibt es in China keine freien Medien. Die Organisation Reporter ohne Grenzen weist der VR China in ihrer Rangliste der Pressefreiheit für 2019 den 177. Platz unter insgesamt 180 beobachteten Ländern zu.

Sämtliche Medien der VR China werden durch die Propagandaabteilung der KPCh kontrolliert. Die Propagandaabteilung beaufsichtigt die Behörde für Presse- und Verlagswesen□Radio, Film und Fernsehen. Diese wiederum kontrollieren alle chinesischen Buch- und Zeitungsverlage sowie Radio- und Fernsehstationen. Xi Jinping hat mehrfach in aller Öffentlichkeit von den chinesischen Medien Loyalität zur KPCh eingefordert. Zugleich sollen Zentralisierungsmaßnahmen die Kontrolle der Partei über den Medienapparat verstärken. So wurde im März 2018 bekannt gegeben, dass alle großen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu einer großen nationalen Medienanstalt mit dem Namen "Stimme Chinas" zusammengefasst werden.

Die Manipulation öffentlicher Kommunikation erfolgt durch Platzierung von Nachrichten, präventive bzw. nachträgliche Zensur oder digitale Datenfilter der ”großen Firewall“. Des Weiteren kommt es Zwangsmaßnahmen gegen zu unabhängig agierende Journalisten, Schließungen von Redaktionsbüros und Haftstrafen. Investigativer und freier Journalismus ist unter diesen Umständen nahezu unmöglich.

Gerade auf sensiblen Themenfeldern wie beispielsweise Tibet, Xinjiang, Taiwan, Falungong, den Ereignissen von 1989 auf dem Tiananmen-Platz oder aber auch bei tagesaktuellen Themen, wie dem Corona-Virus, ist die staatliche Zensur nach wie vor äußerst streng und effektiv. Im Juni 2014 wurde

es Journalisten verboten, Informationen an ausländische Medien weiterzugeben. Wird ein Reporter wegen des „Verrats von Staatsgeheimnissen“ verurteilt, muss er mit einer hohen Haftstrafe rechnen. Auch wird mittlerweile versucht, auf ausländische Inhalte direkt Einfluss zu nehmen. So löschte die Cambridge University Press im August 2017 auf Anfrage der chinesischen Regierung 315 Artikel der renommierten Zeitschrift "China Quarterly" von ihrer chinesischen Website. Mitte 2020 wurde bekannt, dass die im Zuge der COVID-19 Pandemie gebräuchlich gewordene Videokonferenzplattform Zoom Accounts von in den USA lebenden Tian'anmen-Aktivisten auf Bitte der chinesischen Regierung blockiert hat.

Neben der von der Propagandaabteilung betriebenen Zensur werden mittlerweile auch wieder verstärkt aktive Instrumente der Indoktrination angewendet. Ziel ist der Schutz der eigenen ideologischen Doktrin vor "feindlichen ausländischen Kräften". Themen wie westliche Demokratie, Menschenrechte oder Kritik an der Vergangenheit der KPCh sind zu Tabuthemen erklärt worden. Grundlage hierfür die das sogenannte "Dokument Nr. 9", das 2013 publik wurde. Ende 2014 kam es zu einer Kampagne zur ideologischen Gleichschaltung der chinesischen Universitäten, welche die verstärkte Vermittlung der Kernwerte von Sozialimus und Marxismus zu Ziel hatte. Als Folge wurden mehrere als prodemokratisch bekannte Dozenten entlassen. Ein solches Maß an ideologischer Indoktrinierung haben Chinas Universitäten seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr erlebt.

Internetkontrolle und Cybersicherheit

Unter Xi Jinping ist die Kontrolle und Regulierung des Internets zu einem Kernbereich der staatlichen Zensur ausgebaut worden. Maßgeblich vorangetrieben wird die Zensur- und Propagandaarbeit von der im Jahr 2013 gegründeten Behörde für Cybersicherheit, deren führende Köpfe aus dem Propagandaapparat der VR China stammen.

Bereits im September 2013 wurden neue Richtlinien zur Nutzung sozialer Netzwerke erlassen, die das Verbreiten von „Gerüchten und Verleumdungen“ unter Strafe stellen. Hiermit erstreckt sich die Androhung von Zwangsmaßnahmen durch die Regierung nicht mehr allein auf Publikationen von Journalisten, sondern vor allem auch auf die Äußerungen von chinesischen Bürgern in sozialen Netzwerken.

Neuerdings werden auch Wirtschaftsunternehmen in die Internetregulierung einbezogen. Das Gesetz für Cybersicherheit aus dem Jahr 2016 verpflichtet Anbieter so genannter „kritischer Infrastrukturen“ zu einer staatlichen Sicherheitsprüfung und der Speicherung wichtiger Daten auf Servern innerhalb der VR China. Dieses verschafft dem chinesischen Staat weitreichende Zugriffsmöglichkeiten auf Daten der betroffenen Unternehmen. So könnten beispielsweise ausländische Unternehmen gezwungen sein, Quellcodes offenzulegen. Seit Beginn des Jahres 2018 hat die chinesische Regierung zudem den Zugriff auf VPN-Clients, welche bisher einen verschlüsselten Zugriff auf Dienste aus dem Ausland zuließen (Mailingdienste, Facebook, Twitter usw.), stark eingeschränkt.

Besorgniserregend sind diese Entwicklungen auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich in der VR China in den letzten Jahren die Software WeChat als zentrale Internetplattform durchgesetzt hat. Dieser von der Firma Tencent betriebene Messengerdienst bietet im Gegensatz zu Nachrichtendiensten wie WhatsApp viele weitere Funktionen wie Online-Shopping, Bezahl- und Überweisungssysteme, Flug-, Zug- und Ticketbuchungen, Spiele u.v.m. Aufgrund der umfangreichen Funktionalität stellt WeChat eine Art „eingebettetes Betriebssystem“ dar, da es viele einzelne Apps ersetzt und überflüssig macht. Für 650 Millionen Nutzer ist WeChat in den letzten Jahren daher zur wichtigsten Alltagsapp geworden. Gleichzeitig eröffnet eine derart umfangreiche und weitverbreitete Software Möglichkeiten der staatlichen Kontrolle und Überwachung, da auf umfassende persönliche Daten zugegriffen werden kann. Die Einbeziehung umfangreicher digitaler Daten in das Sozialkreditsystem ist bereits Realität.

Chinas Internetindustrie arbeitet zudem an verbesserten Überwachungstechniken - wie etwa der Gesichtserkennung - und arbeitet teilweise mit staatlichen Behörden zusammen. Allein in Chongqing wurden mehr als 2 Millionen Überwachungskameras installiert. Mittlerweile werden auch Ausländer in die Überwachung einbezogen. So wird Personen, die über ein zentralasiatisches Land einreisen eine Ausspäh-App auf das Mobiltelefon geladen.

Gewerkschaften, NROs und zivilgesellschaftlicher Protest

Gewerkschaften gibt es in China bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts. Das oberste dieser Gewerkschaftsorgane ist der Gesamtchinesische Gewerkschaftsbund. Er hat heute über 280 Mio. Mitglieder und vertritt somit offiziell über 50% aller chinesischen Arbeiter. Der Gewerkschaftsbund ist jedoch keine unabhängige Arbeitnehmervertretung, sondern vielmehr eine staatlich gelenkte Aufsichtsbehörde, deren Leitung durch die Kommunistische Partei Chinas bestimmt wird. Unabhängige Gewerkschaften sind hingegen verboten.

Trotz fehlender Durchsetzungskraft der chinesischen Gewerkschaften, kommt es auf der Betriebsebene immer wieder zu Streiks. So gab es zwischen 2012 und 2016 in der VR China über 6.500 Streiks, wobei die Zahl der Streiks in den letzten Jahren zugenommen hat. Streiks sind in der VR China weder erlaubt noch offiziell verboten. Die Reaktion der Behörden auf Streikaktionen ist daher unterschiedlich. Zum einen gibt es zahlreiche Fälle, in denen Streiks gewaltsam durch die Behörden beendet wurden. Andererseits werden Streiks zunehmend als Mittel zur Wahrung der sozialen Ruhe betrachten und in begrenztem Rahmen zugelassen.

Dazu kommt eine wachsende Zahl von Nichtregierungsorganisationen (NRO), die jedoch nur im Rahmen der staatlichen Vorgaben agieren können und jederzeit die Einstellung ihrer Aktivitäten durch die Behörden fürchten müssen.

Intellektuelle Freiräume werden in der VR China zunehmend kleiner, dennoch gibt es auch im autokratischen System der VR Chin Formen des sozialen Protests.

Außenpolitik

Historisch betrachtet geht Chinas Rückkehr auf die internationale Bühne auf eine Initiative Mao Zedongs zurück. Dieser hatte sich 1949 zunächst mit Stalin verbündet. Ende der 1950er Jahre kam es unter Chruschtschow jedoch zum ideologischen Bruch mit der Sowjetunion, der 1969 sogar in einem kleinen Grenzkrieg mündete.

Da Mao fortan Angst vor einem Angriff durch die Sowjetunion hatte, beschloss er eine Annäherung an die USA. Im Jahr 1972 wurde nach intensiven Geheimverhandlungen die Aufnahme von Beziehungen zwischen den USA und der VR China von Mao und dem US-amerikanischen Präsidenten Nixon bekannt gegeben. Die internationalen Beziehungen wurden unter Deng Xiaoping und nachfolgenden Führungsgenerationen kontinuierlich ausgebaut. Seit dem Beginn der Präsidentschaft Donald Trumps hat sich das Verhältnis zwischen China und den USA allerdings deutlich abgekühlt. Ein komplette Kehrtwende in der Chinastrategie der USA unter dem neu gewählten Präsidenten Biden wird nicht erwartet.

Mittlerweile ist die VR China ein allseits anerkanntes Mitglied der internationalen Gemeinschaft und unterhält zu fast allen Staaten diplomatische Beziehungen. Seit dem Jahr 1971 ist sie ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Ende 2001 wurde China Mitglied der WTO und

ist seitdem auch ökonomisch international integriert. China ist zudem Mitglied des IWF, der Weltbank, der Shanghai Cooperation Organization, der G-20 und anderen internationalen Organisationen.

Die theoretische Grundlage von Chinas Außenpolitik sind die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“, welche in den 1950er Jahren von Maos Außenminister Zhou Enlai formuliert wurden. Sie fordern die gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität und Souveränität, Nicht-Aggression, Nichteinmischung in innere Angelegenheit des Anderen, Gleichheit und Kooperation zum gegenseitigen Nutzen sowie friedliche Koexistenz.

Kern von Chinas Außenpolitik ist einerseits die Stärkung seiner ökonomischen Beziehungen zum Ausbau und Erschließung von Absatz- und Rohstoffmärkten. Andererseits nutzt China seine zunehmende Machtposition ebenso dazu, politischen Ansprüchen Geltung zu verschaffen. Seine neue außenpolitische Stärke demonstriert China auch im Handelsstreit mit den USA. Gleichzeitig spielt China eine wichtige Rolle im Korea-Konflikt.

Wichtige Beispiele hierfür sind die territorialen Streitigkeiten mit Anrainerstaaten über verschiedene Seegebiete. Hierzu gehört einerseits der Streit mit Japan über die Senkaku-Inseln, vor allem aber die Beanspruchung der Spratly-Inseln und die hiermit zusammenhängenden Seegebiete. Hierdurch entstehen Spannungen mit einer ganzen Reihe von Ländern, wie den Philippinen, Vietnam oder Taiwan. Unbeeindruckt hiervon hat die VR China begonnen etliche Inseln zu besetzen und dort Häfen und Landebahnen zu bauen.

Die deutsch-chinesischen Beziehungen

Erste Kontakte von Personen aus dem deutschen Raum mit der chinesischen Kultur gab es bereits im 17. Jahrhundert, als Missionare der Jesuiten das Ming-Reich bereisten. Berühmtester Vertreter war der Kölner Adam Schall von Bell, der von 1630 bis 1666 am Kaiserhof als Astronom im Rang eines kaiserlichen Beamten tätig war. Adam Schall und andere Jesuiten vollzogen im Zuge ihrer missionarischen Tätigkeit eine Annäherung an die chinesische Kultur, lernten Chinesisch und machten sich mit den örtlichen Bräuchen vertraut.

Die deutsch-chinesischen Beziehungen während der Spätphase der chinesischen Kaiserzeit waren hingegen stark vom aufkeimenden Imperialismus geprägt. Aufgrund zahlreicher militärischer Niederlagen wurde China ab Mitte des 19. Jahrhundert die Aufnahme von Handelsbeziehungen und diplomatischen Beziehungen von verschiedenen Auslandsmächten aufgezwungen. Deutschland errichtete 1861 eine Gesandtschaft in Tianjin und schloss im gleichen Jahr ein Handelsabkommen mit dem Kaiserhof ab. Die imperialistischen Bestrebungen unter Kaiser Wilhelm II. führten schließlich zur Landnahme der Jiaozhou-Bucht mit dem Zentrum der Stadt Qingdao im Jahr 1897. Im Zuge des Boxeraufstands 1900 entsandte Deutschland Truppen nach China ("Hunnenrede"), welche in der Hauptstadtprovinz Zhili blutige Strafexpeditionen gegen die Zivilbevölkerung durchführten.

Nach dem Sturz des Kaiserreiches und dem Zerfall der politischen Strukturen kam es in 1920er und 1930er Jahren zu einer intensiven Kooperation zwischen der Republik China unter Chiang Kai-shek und dem Deutschen Reich. Deutsche Berater und Industrielle waren maßgeblich am Aufbau der chinesischen Zentralarmee beteiligt und unterstützten Chiang Kai-shek im Kampf gegen die Kommunisten. Die Kooperation endete 1938 aufgrund des Deutsch-Japanischen Bündnisses.

Nach dem 2. Weltkrieg erkannte die DDR die VR China an, die BRD hingegen nicht. Beziehungen zu China hatten seitens der BRD in dieser Zeit stets informellen Charakter.

Der Grundstein für die heutigen deutsch-chinesischen Beziehungen wurde Anfang der 1970 Jahre gelegt. Nachdem Mao Zedong und Richard Nixon die Annäherung Chinas und der USA besiegelt hatten, nahm die BRD im Oktober 1972 offizielle diplomatische Kontakte zur VR China auf. Neben

Handelsbeziehungen erstreckt sich die deutsch-chinesische Zusammenarbeit auf die Bereiche Umwelt- und Entwicklung, Kultur, Wissenschaftspolitik usw. Das Verhältnis beider Staaten wird von beiden Seiten als "umfassende strategische Partnerschaft" bezeichnet. Seit 1999 gibt es zwischen beiden Ländern einen Rechtsstaatsdiaolog. Seit dem Jahr 2011 finden regelmäßig Regierungskonsultationen statt.

Militär und bewaffnete Konflikte

Das chinesische Militär ist nach wie vor der zentrale Machtfaktor im gegenwärtigen China. Die Volksbefreiungsarmee (VBA) wird direkt von der Kommunistischen Partei Chinas kontrolliert. Oberstes Organ ist die Zentrale Militärkommission der KPCh. Deren Vorsitzender gilt gemeinhin als die mächtigste Person der VR China uns ist in der Regel gleichzeitig Generalsekretär der KPCh. Die Doktrin der VBA wird in unregelmäßig veröffentlichten Weißbüchern dargelegt, von denen das letzte im Jahr 2019 veröffentlicht wurde.

Neben der materiellen und technischen Aufrüstung der Armee hat Xi Jinping im Jahr 2015 weitreichende organisatorische Reformen durchgesetzt, welche im Jahr 2020 abgeschlossen sein sollen. Zum einen wurde das traditionell starke Heer mit den anderen beiden Teilstreitkräften Marine und Luftwaffe gleichgestellt. Dieses bedeutet zum einen die Verringerung der Heeresstärke um 300.000 Mann. Zum anderen wurde ein vereinigter Generalstab als Abteilung der zentralen Militärkommission der KPCh ins Leben gerufen, dem alle Teilstreitkräfte gleichermaßen untergeordnet sind. Mit diesen Maßnahmen versucht man nach dem Vorbild der US-amerikanischen "Joint Chiefs of Staff" die verbundene Kriegsführung zu stärken. Als neue Teilstreitkraft wurden zudem die "Strategischen Unterstützungskräfte" etabliert, welche auf Cyberkriegsführung spezialisiert sind. Schließlich wurde die politische Führung der Militärkommission auf die zentralen Abteilungen der Führungsebenen der Volksbefreiungsarmee verstärkt und ausgeweitet, so dass Xi Jinping einen direkteren Zugriff auf das Militär hat als seine Vorgänger.

Die Truppenstärke der VBA beträgt 2 Millionen Soldaten. Im Heer der VBA dienen 975.000, bei der Marine 240.000 und bei der Luftwaffe 395.000 Soldaten. Hinzu kommen 100.000 Soldaten der Raketenstreitkräfte. Die Elektronische Kriegführung wird im Zuge der derzeitigen Militärreformen zu einer eigenen Teilstreitkraft aufgebaut.

Die Bewaffnung der VR China wurde in den letzten Jahren zunehmend modernisiert. Ursprünglich stark auf eine Landesverteidigung durch das Heer ausgerichtet, sind Marine und Luftwaffe heute gleichwertig ausgerüstete Teilstreitkräfte. Neben neuen Waffensystemen, wie etwa dem ersten chinesischen Flugzeugträger, wird insbesondere großer Wert auf die Verbesserung der Qualität der teilstreitkräfteübergreifenden Kommunikation gelegt.

Auch wenn der chinesische Verteidigungshaushalt in den letzten Jahre teilweise zweistellige Zuwächse zu verzeichnen hatte, ist dessen keinesfalls mit dem der USA zu vergleichen. Selbst, wenn man anstatt der für 2016 offiziell veranschlagten 140,7 Mrd. US$ die von ausländischen Experten geschätzten 180 Mrd. US$ ansetzt, so ist diese Summe wesentlich geringer als die gut 700 Mrd. US$ des US-Verteidigunghaushalts.

War die VBA zur Mao-Zeit stark in gesellschaftliche und ökonomische Prozesse eingebunden, so konzentriert sie sich heutzutage auf die Aufgabe der Landesverteidigung. Reguläre Truppen sollen auch nicht mehr, wie beim Massaker auf Platz des himmlischen Friedens im Jahr 1989, im Inneren eingesetzt werden. Die Aufgabe der Aufstandsbekämpfung im Inneren soll heutzutage die Bewaffnete Volkspolizei wahrnehmen. Diese untersteht dem Ministerium für öffentliche Sicherheit und umfasst rund 660.000 Personen.

Seit 1979 hat China zwar keinen Krieg gegen eine Auslandsmacht mehr geführt, ist aber mit etwa 2.800 Soldaten an verschiedenen UN-Missionen beteiligt. Im September 2018 nahmen 3.000

chinesische Soldaten am Großmanöver "Wostok 2018" teil. Auch tritt die VR China auf dem afrikanischen Kontinent verstärkt als Sicherheitskraft auf.

Kriege

Im Laufe ihres Bestehens war die Volksrepublik China in verschiedene Kriege verwickelt. Der weltpolitisch bedeutsamste und zugleich verlustreichste war der Koreakrieg (1951-53). Kleinere bewaffnete Konflikte wurden gegen die Republik China auf Taiwan (1958), gegen Indien (1962) und gegen die Sowjetunion (1969) geführt. Der letzte Krieg, in den die Volksrepublik China aktiv verwickelt war, war der desaströse Angriffskrieg gegen Vietnam im Jahr 1979.

Anfang 2020 kam es an der chinesisch-indischen Grenze zu einer bewaffneten Auseinandersetzung.

Wirtschaft & Entwicklung

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

China ist der bedeutendste Industriestaat Asiens und ein Motor für das globale Wirtschaftswachstum. Billige Arbeitsplätze in der Produktion und eine aufgrund des steigenden Lebensstandard wachsende Konsum-Nachfrage locken zahlreiche Investoren aus dem Ausland. Gleichzeitig steht Chinas Regierung vor der schwierigen Aufgabe, die Früchte des wirtschaftlichen Erfolges gerecht zu verteilen und das Engagement des Einzelnen angemessen zu belohnen.

Chinesische Yuan - Pixabay

Geschätztes BIP
12.682 Mrd. Euro (2019)

Pro Kopf Einkommen (Kaufkraftparität)
EUR 9.073,4 (2019)

Rang der menschlichen Entwicklung (HDI)
85. Rang (von 189) (2019)

Anteil Armut (nationaler Standard ca. 1 $ pro Tag)
3,3%

Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)
46,5 (2016)

Wirtschaftlicher Transformationsindex (BTI)
Rang 30 (von 137) (2020)

Wirtschaftslage

Ansicht von Shenzhen. Foto: SSDPenguin. Lizenz: CC BY-SA 3.0.

Kein Land hat jemals einen schnelleren ökonomischen Aufstieg erlebt als die VR China. In den Jahren von 2000 bis 2010 erreichte China ein Wirtschaftswachstum zwischen 8% und 14% und stieg zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt auf.

Von der Weltbank wird China inzwischen zu den Ländern mit einem Einkommensniveau im oberen Mittelfeld gerechnet. Der vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) vergebene HDI (Human Development Index), der Indikatoren wie Lebenserwartung, Bildung und Gesundheit einbezieht, beträgt derzeit 0,758 (Rang 85). China wird hiermit eine hohe menschliche Entwicklung attestiert.

Dennoch deutet die derzeitige Wirtschaftsentwicklung Chinas auf eine Abkehr von einem zweistelligen Wachstum hin. 2019 erreichte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der VR China einen Wert von 99.086,5 Mrd. Yuan (12.682 Mrd. Euro) und wuchs nur noch um 6,1%. Das niedrigere Wachstum ist darauf zurückzuführen, dass die chinesische Regierung eine Abkehr von einer investitionsgetrieben Wachstumsstrategie vollzieht und zukünftig verstärkt Wachstum durch Inlandskonsum generieren will. Die Coronakrise führte Anfang 2020 zum massiven Einbruch des Wirtschaftswachstums. Trotz einer beispiellosen wirtschaftlichen Erholung bis Ende 2020 werden selbst die moderaten Wachstumsziele verfehlt.

Ende 2020 verkündeten 15 ostasiatische Staaten (darunter auch Japan, Korea und Australien) die Errichtung der größten Freihandelszone der Welt. Die RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) umfasst 30% der Weltbevölkerung und 30% des weltweiten BIP.

Weitere Gründe für den Abwärtstrend sind Strukturprobleme, rückläufige Exporte, steigende Lohnkosten, Überkapazitäten von Staatsunternehmen und die Verschuldung lokaler Regierungen. Die chinesische Regierung bekämpft Krisensituationen mit kurzfristigen staatlichen Eingriffen. So wurden 2008 und 2009 riesige Konjunkturpakete im Wert von etwa 800 Mrd. $ aufgelegt, mit denen Wohnungsbau, Infrastrukturprojekte, medizinische Versorgung usw. gefördert wurden. Im Jahr 2015 wurde der Yuan abgewertet, um die einbrechenden Exporte zu stützen. Wichtige Strukturreformen werden hingegen immer wieder aufgeschoben. Hinzu kommt, dass sich die chinesische Wirtschaft auf der internationalen Bühne mit Donald Trumps aggressiver Handelspolitik konfrontiert sieht. Sowohl die USA als auch China verhängten Strafzölle in Milliardenhöhe. Erste Auswirkungen des Handelsstreits nicht nur auf das Wirtschaftswachstum, sondern auch auf die

Struktur der Produktionsketten der chinesischen Industrie machten sich bereits vor der Coronakrise bemerkbar.

Xi Jinping wirtschaftspolitische Strategie verfolgt den Aufstieg Chinas zur wichtigsten globalen Wirtschaftsmacht. Hierzu werden im Zuge der Seidenstraßeninitiative große Infrastrukturprojekte auf dem eurasischen Kontinent vorangetrieben. Auch verfolgt man mit der "Made in China 2025"-Strategie das Ziel, wichtige Industriebranchen zu Weltmarktführern aufzubauen. Bei strukturellen Reformen zur Stärkung des Privatsektors war man hingegen bisher zögerlich.

Arbeit

Im Jahr 2019 arbeiteten in der VR China 775 Millionen Menschen. Hiervon waren 442 Millionen Personen und somit mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmer im städtischen Raum beschäftigt (57,1%). Hierbei gibt des hohe Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land. Das städtische Pro-Kopf-Einkommen betrug 2019 42.359 Yuan, wohingegen auf dem Lande nur 16.021 Yuan verdient wurden.

2019 gab es 290,77 Millionen Wanderarbeiter, die in Chinas Städten ihre Arbeitskraft für geringe Löhne in prekären Beschäftigungsverhältnissen anbieten. Diese Gruppe ist besonders stark von konjunkturellen Schwankungen betroffen. Beispielsweise führten die Wirtschaftskrise 2008 , das Abflachen des Baubooms im Jahr 2012 oder die Coronakrise 2020 jeweils zu millionenfachen Entlassungen in dieser Gruppe. Die offizielle städtische Arbeitslosenrate betrug 2019 5,2%.

Auch wenn die Arbeitsbedingungen für einfache Arbeiter seit den 1990er Jahren sicherlich Verbesserungen erfahren haben, so gibt es nach wie vor zahlreiche Beispiele für Arbeitsverhältnisse, die nicht internationalen Standards genügen.

Wirtschaftsstruktur

Staatswirtschaft

Die VR China hat sich durch die Wirtschaftsreformen von einem planwirtschaftlich organisiertem zu einem primär nach marktwirtschaftlichen Mechanismen funktionierenden Wirtschaftssystem gewandelt. Die dominante Rolle des Staatskapitals ist seit Ende der 1990er Jahre stark rückläufig.

Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass der chinesische Staat nach wie vor auf vielfältige Art und Weise mit der Wirtschaft verknüpft ist. Zum einen ist er an einer Vielzahl von Unternehmen beteiligt. Zum anderen sind die wichtigsten Schlüsselbranchen wie Energie, Kommunikation, Verkehrsinfrastruktur, Schiffbau usw. nach wie vor fest in der Hand von 96 staatlichen Großkonzernen. Wichtige Staatsunternehmen sind beispielsweise Sinopec, China Telecom usw.

Diese Konzerne werden direkt von der staatlichen Aufsichts- und Verwaltungskommission für Staatsvermögen des Staatsrates (SASAC) kontrolliert, welche auch die wichtigen Managerposten

besetzt. Zugleich besitzen alle staatlichen Großkonzerne interne Parteigruppen der KPCh, die direkten Einfluss auf Konzernentscheidungen nehmen können. Die staatlichen Großkonzerne sind allesamt Monopolisten oder Oligopolisten und genießen etliche Vergünstigungen wie beispielsweise Zugang zu günstigen Krediten, Bauland usw.

Die Planwirtschaft selbst, welche auf einer Vorgabe konkreter materieller Ausstoßkennziffern beruhte, ist in den 1990er Jahren vollständig abgeschafft worden. Zwar gibt es nach wie vor Fünf-Jahresprogramme, diese legen allerdings nur noch die entwicklungspolitischen Richtlinien der Regierung fest.

Für die Ausarbeitung von jährlichen wirtschaftspolitischen Indikativplänen ist die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform zuständig, welche aus der früheren staatlichen Plankommission hervorgegangen ist. Das Anfang 2016 verabschiedete 13. Fünfjahresprogramm (2016-2020) stand im Zeichen der sogenannten „neuen Normalität“. Es setzt als Wachstumsziel einen Wert von nur noch 6,5% an. Das Wachstum soll durch Forschung und Innovationen gestützt und die Binnennachfrage durch die Ausweitung des Dienstleistungssektors gestärkt werden.

Das 14. Fünfjahresprogramm (2021-2025) wird im März 2021 verabschiedet. Es wird vermutet, dass technologische Eigenständigkeit, die Verringerung der Abhängigkeit vom Ausland und eine Ausweitung klimapolitischer Maßnahmen (Klimaneutralität bis 2060) zentrale Rollen spielen werden. Ob erneut konkrete Wachstumsziele ausgegeben werden ist vor dem Hintergrund außenpolitischer Unsicherheit (z.B. Handelskrieg mit USA) und den Folgen der Corona-Pandemie fraglich. Es wird vermutet, dass man ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Höhe eines "mittleren Industrielandes" als Wachstumsziel ausgibt.

Agrarwirtschaft

Reisterrassen in China. Lizenz: Public Domain.

Die berühmten Reisterrassen versinnbildlichen treffend das Dilemma der Agrarwirtschaft Chinas: Obwohl in der Fläche ein großes Land, sind nur etwa ein Zehntel der Gesamtfläche für landwirtschaftliche Nutzung geeignet. Gleichzeitig ist China aber gezwungen mit 10% der weltweiten Agrarfläche über 20 % der Weltbevölkerung zu versorgen. Landwirtschaftlicher Erfindungsreichtum hat schon während der Kaiserzeit Terrassenbau, Bewässerungstechnik, ertragreichere Fruchtsorten uvm. hervorgebracht. Heutzutage kommt noch die intensive Nutzung von Kunstdünger hinzu.

Hauptanbauprodukte in Nordchina sind Weizen und Mais, im Nordosten überwiegen Mais und Sojabohnen. Die Hälfte des Reisanbaus findet sich am Mittel- und Unterlauf des Changjiang. Insgesamt erbringt die VR China fast 30 % der Weltreisernte. In der nordchinesische Ebene, dem Mittel- und Unterlauf des Changjiang sowie in Xinjiang wird Baumwolle angebaut. Weitere wichtige Ackerbauprodukte sind Süßkartoffeln, Zuckerrohr, Tabak und Jute. Neben Feldanbauprodukten verfügt China zudem über eine große Fleischproduktion und ist die größte Fischfangnation der Welt. Chinas

Agrarwirtschaft erwirtschaftete 2019 nur noch etwa 7,1 des BIP.

Aufgrund vieler Lebensmittelskandale versucht die chinesische Politik, durch strengere Lebensmittelgesetze und eine bessere Bio-Zertifizierung die Qualität der chinesischen Lebensmittel zu steigern. Tatsächlich gibt es in der VR China immer mehr Bio-Produzenten.

Industrie und Technologie

Bauarbeiten am Gebäude des chinesischen Staatsfernsehens. Foto: Jakob Montrasio. Lizenz: CC BY 2.0.

China ist heute ein Industrieland. Die Industrie erwirtschaftete im Jahr 2019 39% des BIP. Das industrielle Wachstum 2019 betrug 5,7% und lag somit deutlich unter dem durchschnittlichen Wachstum der letzten zehn Jahre (ca. 10%). Die VR China zählt zu den größten Produzenten von Dünger, Zement, Eisen und Stahl, Textilien, Papierprodukten, Fahrzeugen und Elektronik auf der Welt.

Auch ist China nach wie vor die „Werkbank der Welt“, was die zweistelligen Wachstumszahlen in den Bereichen Elektronik, Informations- und Kommunikationstechnik oder Umwelttechnik unterstreichen. Allerdings wird der Druck, der von anderen Billiglohnländern in der Nachbarschaft ausgeht größer. Vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie leidet unter steigenden Lohn- und Rohstoffkosten sowie unter Konkurrenz aus Ländern wie Bangladesh oder Vietnam.

Die Regierung Xi Jinping hat sich zum Ziel gesetzt, Schlüsselindustrien Chinas bis zum Jahr 2025 zu Weltmarktführern auszubauen. Diese als "Made in China 2025" bezeichnete Strategie erstreckt sich auf Industriezweige wie Robotik, Künstliche Intelligenz, Medizintechnik, energiesparende Fahrzeugtechnik, Industriesoftware usw.

Chinas Bestreben, sich zu einem Hochtechnologieland zu entwickeln, wird durch Ereignisse wie die Landung einer Raumsonde auf der Rückseite des Mondes im Januar 2019 öffentlichkeitswirksam unterstrichen. Gleichzeitig werden durch die in hohem Tempo vorangetriebene Innovationstätigkeit auch ethische Grenzen überschritten, wie weltweit erste Geburt von gentechnisch veränderten Säuglingen Ende 2018 gezeigt hat.

Energiewirtschaft

Die VR China ist der größte Energieverbraucher der Welt und zweitgrößter Erdölverbraucher. Auch ist China der größte Rohölimporteur der Welt und importierte 2019 10,1 Mio. Barrel pro Tag aus Russland, Angola, Saudi-Arabien, Iran, Oman und anderen Ländern.

Obwohl China mittlerweile hohe Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien tätigt, war Kohle

2017 mit ca. 64 % im Gesamtmix nach wie vor der wichtigste Energieträger. Auf Platz zwei rangierte Erdöl mit 18,5 %. Wasserkraft, Biokraftstoffe und Windkraft deckten zusammen 10,3% des landesweiten Energiebedarfs, Erdgas 6,4% und Kernkraft 2,1%.

Der große Energiehunger seiner Wirtschaft zwingt China dazu, seine Öl- und Gasvorkommen weitgehend selbst zu verbrauchen. Ein besonderes Interesse gilt daher der Erschließung von Offshore-Rohstoffsquellen vor der eigenen Haustür im ostchinesischen und im südchinesischen Meer, was allerdings aufgrund von Gebietsstreitigkeiten mit verschiedenen Anrainerstaaten problematisch ist. Gleichzeitig wird eifrig daran gearbeitet, weltweit neue Energiequellen und Know-how für China zu erschließen. Besonders in Afrika war die VR China in den letzten Jahren aktiv.

Binnen- und Außenhandel

Hafen von Shanghai. Foto: Alex Needham. Lizenz: Public Domain.

Ein zentrales Anliegen der chinesischen Regierung ist es, das Wachstum auf die Basis der Inlandsnachfrage zu stellen und sich von Exporten und Investionen unabhängiger zu machen. Der Dienstleistungssektor, welchem diese Aufgabe zukommt, machte 2019 53,9% des erbrachten BIP aus.

Tatsächlich boomt der Binnenhandel, welcher nach offiziellen Angaben 2019 einen Wert von 41.165 Mrd. Yuan (5.269 Mrd. €) erwirtschaftete. Allerdings steht er nach wie vor hinter dem Außenhandel zurück. Laut WTO belief sich 2017 der Anteil des "Exportweltmeisters" China am Welthandel auf 12,8%. Im Jahr 2019 wurden Waren im Wert von 2.205 Mrd. € exportiert und Waren im Wert von 1.832 Mrd. € importiert. Hauptsächlich exportierte man Elektronik, Textilien, Elektrotechnik und Maschinen. Die Hauptabnehmerländer waren die USA, Japan, Südkorea und Deutschland.

Chinas Abhängigkeit vom Export ist aber auch eine Schwäche, welcher die Politik immer stärkere Aufmerksamkeit schenkt. So ist China einerseits anfällig für eine einbrechende internationale Nachfrage im Zuge von Wirtschaftskrisen. Andererseits sind manche Branchen aufgrund gestiegener Lohnkosten gegenüber Ländern wie Bangladesh oder Vietnam nicht mehr konkurrenzfähig.

Für große Unsicherheit sorgt seit dem Amtsantritt Donald Trumps zudem ein Handelskrieg zwischen China und den USA. In einem ersten Schritt erhob die US-Regierung Zölle auf chinesische Ware, die Regierung in Beijing leitete ihrerseits Vergeltungsmaßnahmen ein. Im August 2019 wertete China seine Währung ab, um die Exporte zu stärken. Im September kündigten die

USA weitere Zölle für chinesische Waren an. Der Handelskrieg macht sich mittlerweile in einem Rückgang des industriellen Wachstums bemerkbar. Erst Ende 2019 konnte eine Teileinigung erzielt werden, welche die Senkung von Zöllen auf chinesische Produkte und den Kauf amerikanischer Produkte durch China vorsieht.

Finanzsystem

Währung und Banksystem

Bankfiliale in China. Foto: □□□. Lizenz: Public Domain.

Chinas Währung ist der Renminbi (Yuan/RMB zu 10 Jiao [Chiao] bzw. 100 Fen). Der Wechselkurs des Yuan ist nicht frei, darf aber in Bezug auf den täglich von der Zentralbank festgesetzten Referenzkurs zum Dollar um 2% nach oben bzw. nach unten schwanken.

Zwar wurde der Yuan vom IWF Ende 2015 als Reservewährung anerkannt, jedoch ist der Yuan nach wie vor nur in speziellen Zahlungszentren (z.B. Frankfurt) handelbar und nicht frei konvertierbar. Insbesondere die USA warfen China in der Vergangenheit eine bewusste Unterbewertung des Yuans zur Ankurbelung der eigenen Exporte vor.

Ein Beispiel für ein solches Vorgehen waren die Kurssenkungen der chinesischen Zentralbank im Sommer 2015 um 1,9% bzw. 1,6%. Generell hat der Yuan über die Jahre allerdings an Wert gewonnen. So wertete er zwischen 2005 und 2013 um knapp 32% auf. Fakt ist aber auch, dass die VR China über die größten Währungsreserven der Welt verfügt, welche derzeit etwa 3,0 Billionen US$ betragen.

An der Spitze des chinesischen Finanzsystems steht die Volksbank (Renmin Yinhang), welche die Funktionen einer Zentralbank wie Geldmengensteuerung und Wechselkurspolitik wahrnimmt. Ansonsten wird das chinesische Bankenwesen durch vier staatlich gesteuerte Großbanken geprägt. Es handelt sich um die Bank of China (BOC), Industrial and Commercial Bank of China (ICBC), die Agricultural Bank of China (ABC) und die China Construction Bank (CCB). Weitere kleinere Banken sind beispielsweise die China Minsheng Bank oder die China CITIC Bank.

Chinas Banken sind eng mit dem Staat verknüpft und müssen notfalls dazu herhalten, auch unrentable Projekte mit hohen Krediten zu stützen. Viele Branchen und Lokalregierungen wurden so in die Überschuldung getrieben.

Da Privatpersonen wegen der Fokussierung der großen Banken auf staatliche Akteure nur schwer Kredite aufnehmen können, spielen Schattenbanken in China eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Staatshaushalt

Die chinesischen Staatsausgaben für das Jahr 2019 umfasste laut offiziellen Angaben 23.887,4 Mrd. Yuan. Zu den größten Ausgabeposten gehörten 2018 Bildung (15%), soziale Sicherung (11,5%) und Agrarwirtschaft (10%). Der Militärhaushalt beträgt offiziell 5,2% des Gesamthaushaltes, wird von Experten aber wesentlich höher eingeschätzt.

Die Staatsverschuldung der VR China betrug im Jahr 2018 44.762,2 Mrd. Yuan (5.721,1 Mrd. Euro) und damit 50,4 % des BIP. Dieses ist zwar eine vergleichsweise niedrige Schuldenquote, dennoch hat die Verschuldung vor allem der Lokalregierungen in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Verstärkt wird dies durch den Umstand, dass Chinas Lokalregierungen nur über begrenzte Einnahmeflüsse verfügen, gleichzeitig aber für die hohen Kosten von Sozialleistungen und Schulbildung aufkommen müssen.

Einige internationale Experten gehen sogar von einer wesentlich höheren Gesamtverschuldung der VR China aus. So veranschlagte eine McKinsey-Studie 2015 unter Einbeziehung der Schulden von Staat, Unternehmen, Haushalten und Finanzinstituten die Gesamtschuldenlast Chinas auf 28,2 Billionen US$, was einem Anteil von 283% des BIP entspricht.

Armut und Entwicklungspolitik

Armut

Im Zuge der über 30 Jahre andauernden Wirtschaftsreformen hat sich die VR China von einem Entwicklungsland, in welchem Armut und Hunger für viele Menschen zum Alltag gehörten, zu einem Land mittleren Einkommens entwickelt. Die Weltbank geht davon aus, dass durch die Agrar- und Industriereformen zwischen 1981 und 2004 etwa 600 Mio. Menschen aus der Armut herauskatapultiert wurden.

Die absoluten Armutszahlen sind jedoch nach wie vor hoch. Ende 2019 lebten laut offiziellen Zahlen 0,6% der ländlichen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, was einer Zahl von 5,51 Mio. Personen entspricht. Auch ist seit Ende der 1990er Jahre immer mehr Armut in den Städten anzutreffen.

Erst seit Jahr 2010 entspricht Chinas offizielle Armutsgrenze, die zum Bezug staatlicher Grundsicherung berechtigt, dem Weltbankstandard. Sie beträgt aktuell 2.300 Yuan pro Jahr (= 363 US$). In den ländlichen Gebieten erhielten 2019 rd. 34,6 Mio. und in den Städten 8,6 Mio. Menschen eine staatliche Grundsicherung.

Trotz beispielloser Erfolge bei der Armutsbekämpfung geht die FAO davon aus, dass derzeit noch über 124,5 Millionen Personen unterernährt sind. Die ländliche Bevölkerung ist bezüglich der Nahrungsmittelsicherheit, vor allem in den unterentwickelten Westgebieten, strukturell benachteiligt.

Neben Armutsproblemen hat die VR China vor allem mit einer immer stärkeren Einkommensungleichheit zu kämpfen und hat einen Gini-Koeffizienten von 0,46. Einer großen Masse mit niedrigen Einkommen steht eine kleine Schicht extrem reicher Chinesen gegenüber, die mittlerweile auch in internationale Ranglisten vertreten sind.

Entwicklungszusammenarbeit

Aufgrund der ökonomischen Konsolidierung und des rasanten Wachstums der 1990er und 2000er Jahre wurden vorher bestehende Entwicklungskooperationen mit der VR China allmählich zurückgefahren.

Von 1981 bis 2010 erhielt China von der Weltbank 47,4 Mrd. US$ an Krediten. Seit 1999 erhält China keine Kredite der International Development Association (IDA) mehr, sondern nur noch von der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD). Auf dem Feld der Entwicklungsarbeit sind jedoch nach wie vor Organisationen wie die Weltbank, das UNDP oder die OECD vertreten.

Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beendete mit Ablauf des Jahres 2010 die klassische Entwicklungszusammenarbeit mit der VR China und stellt keine Mittel für neue Projekte bereit. Noch laufende Projekte konzentrieren sich auf die Ausbildungsförderung in chinesischen Westgebieten, die ländliche Entwicklung (Aufforstung, Wassermanagement), Umweltschutz, erneuerbare Energien und die Bekämpfung der Tuberkulose.

Auch die großen politischen Stiftungen der Bundesrepublik Deutschland sind in der VR China tätig. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Heinrich-Bölll-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Hans-Seidel-Stiftung verfügen über Büros in China. Allerdings ist die Arbeit der Stiftungen schwieriger geworden seit Anfang 2017 ein neues NRO-Gesetz in Kraft getreten ist, das ausländischen NROs strengere Auflagen auferlegt.

Mittlerweile ist die VR China selbst in der Entwicklungshilfe tätig. Mitte 2015 wurde die von China initiierte Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) ins Leben gerufen, welche mit einem Grundkapital von 100 Mrd. US$ ausgestattet ist. Die Institution, an der die VR China 30,4% der Anteile hält, soll nach Chinas Wunsch vornehmlich Geld für Infrastrukturprojekte in Asien bereitstellen. Auch Deutschland ist an der AIIB mit 900 Mio. US$ beteiligt, die USA verweigerten bisher eine Mitarbeit.

Ein wichtiger Schwerpunkt von Chinas Entwicklungspolitik ist Afrika. Die hier betriebenen entwicklungspolitischen Maßnahmen stehen im Verdacht, lediglich Chinas Eigeninteressen, insbesondere der Rohstoffsicherung und Exportförderung zu dienen. Dennoch ist der durch China vorangetriebene Aufbau von Infrastruktur in Afrika beträchtlich. Leistungen der VR China umfassen neben Investitionen und Krediten auch die Bereitstellung technischen Personals. Im September 2018 kündigte die VR China an, weitere 60 Milliarden Dollar in den nächsten Jahren in Afrika zu investieren. Auch andere Schwellen- und Entwicklungsregionen wie zum Beispiel Lateinamerika werden von China unterstützt.

Im Jahr 2018 wurde mit der Chinese International Development Cooperation Agency (CIDCA) eine entwicklungspolitische Dachorganisation gegründet, welche die Entwicklungshilfe der VR China unter Einbeziehung verschiedener Behörden koordiniert (Budget 2019: 18 Mio. US$). Das für Entwicklungshilfe veranschlagte Budget betrug im Jahr 2019 lt. Finanzministerium 2,63 Mrd. US$.

Neue Seidenstraße

Auch wenn Xi Jinping in seiner ersten Amtszeit keine grundlegenden Wirtschaftsreformen auf den Weg gebracht hat, so trat er doch immer als Fürsprecher des internationalen Handels in Erscheinung. Dieses Bestreben kommt vor allem in dem seit dem Jahr 2013 vorangetriebenen internationalen Infrastrukturprojekt zum Ausdruck, das unter dem Namen "Neue Seidenstraße" (auf Chinesisch Yidai-Yilu "Ein Band, eine Straße") bekannt geworden ist. Mit einem Investitionsvolumen von rund 900 Milliarden Dollar sollen zwischen Ostasien und Europa Straßen, Eisenbahnen, Häfen, Pipelines und Kraftwerke gebaut werden, um den Überland- und Überseehandel zwischen China und Europa anzukurbeln. Anvisiert ist der Aufbau von sechs internationalen Wirtschaftskorridoren, zu denen neben der Neuen Eurasischen Landbrücke auch der Korridor China-Mongolei-Russland oder China-Zentralasien-Westasien gehören. Aufgrund struktureller Probleme und Verschuldungstendenzen wurde die Seidenstraßen-Strategie im Jahr 2017 neu ausgerichtet.

Gesellschaft & Kultur

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Mehr als drei Jahrzehnte wirtschaftlicher Reformen haben die Gesellschaft der VR China grundlegend verändert. Trotz gestiegenem Wohlstand, ist Chinas Bevölkerung mehr denn je durch soziale Unterschiede geprägt. Spannungsfelder existieren zwischen arm und reich, zwischen verschiedenen Ethnien oder zwischen Stadt und Land.

Pixabay - Lizenz: CC0 1.0

Anteil alphabetisierte Erwachsene
: 96,8% (2018)

Bedeutende Religionen
: Buddhismus, Daoismus, Islam, Christentum

Städtische Bevölkerung
: 60,6% (2019)

Lebenserwartung (w/m)
: 78 / 74 Jahre (2019)

Gender Inequality Index
: Rang 85 (von 189) (2018)

Anzahl der Geburten
: 1,16 / Frau (2019)

Kindersterblichkeit
: 11,4 / 1000 Lebendgeburten (2019)

Gesellschaft

Bevölkerung

Die VR China ist zwar mit 1,36 Milliarden Einwohnern nach wie vor der bevölkerungsreichste Staat

der Welt. Allerdings liegt das Bevölkerungswachstum seit Beginn des neuen Jahrtausends nur noch bei 0,6%. Da die Fertilitätsrate zudem nur noch bei 1,6 Kindern liegt, ist davon auszugehen, dass der Wert weiter sinken wird.

Derzeit ist der Großteil der chinesischen Bevölkerung noch im arbeitsfähigen Alter und der Anteil der über 65-Jährigen relativ niedrig. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist jedoch mit einer starken Überalterung der Gesellschaft ab Mitte des Jahrhunderts zu rechnen. Der Abhängigkeitsquotient, also das Verhältnis von Versorgungsbedürftigen und Versorgern, wird dann um die 70% betragen.

Zusätzlich negativ wirkt sich die seit den 1980er Jahren praktizierte rigide Ein-Kind-Politik aus. Ursprünglich dazu gedacht, das Bevölkerungswachstum zu bremsen und Unterernährung zu vermeiden, erzeugte die strikte Geburtenkontrolle eine demographische Lücke. Gleichzeitig führt die weit verbreitete Sohnespräferenz dazu, dass es über 30 Millionen mehr Männer als Frauen in China gibt. Erst Ende 2015 vollzog die chinesische Führung einen radikalen Wechsel in der Geburtenpolitik und schaffte die über 30 Jahre geltende Ein-Kind-Politik ab. Ab Ende 2015 dürfen Familien nun zwei Kinder haben.

Ethnien

Angehörige der Zhuang-Minderheit. Foto: Jialiang Gao. Lizenz:CC BY-SA 3.0.

Die größte ethnische Gruppe der VR China sind die Han-Chinesen, welche 91,5% der Bevölkerung ausmachen. Die übrigen 8,5 % setzten sich aus Zhuang (16,9 Mio.), Hui (10,6 Mio.), Mandschu (10,4 Mio.), Uyguren (10 Mio.), Miao (9,4 Mio.), Yi (8,7 Mio.), Tujia (8,4 Mio.), Tibetern (6,3 Mio.) Mongolen (6,0 Mio.) und zahlreichen anderen ethnischen Gruppen zusammen.

Insgesamt sind 55 ethnische Minderheiten offiziell anerkannt. Die meisten Minderheiten sind in armen Randregionen der VR China ansässig. Obwohl einige Minderheiten in sogenannten „Autonomen Regionen“ leben, werden sie in der freien Selbstverwaltung dennoch stark eingeschränkt. Dieses gilt vor allem für die die autonomen Regionen Tibet und Xinjiang, in welchen es immer wieder zu Spannungen kommt.

Spätestens seit dem großen Aufstand von 1959, nach dem der Dalai Lama ins indische Exil flüchten musste, ist Tibet unter strikter Aufsicht des chinesischen Staates. Die unter anderem als strategisches Bollwerk gegen Indien dienende Region ist auch später mehrfach von Aufständen erschüttert worden. Zuletzt ereigneten sich im März 2008 in Tibets Hauptstadt Lhasa und anderen tibetisch besiedelten Landesteilen die schwersten Unruhen seit 1989. Die Proteste richteten sich immer gegen kulturelle Beschränkungen, soziale Benachteiligungen und die Regierungsstrategie der Ansiedlung von Han-Chinesen in Tibet. Letztere

wurde durch die Eröffnung der Tibet-Eisenbahn im Jahr 2006 noch einmal beschleunigt.

Unterdrückung der Uiguren

Die autonome Region Xinjiang im Westen Chinas ist die Heimat der Uiguren. Diese sind Muslime mit engen kulturellen und sozialen Bindungen zu den zentralasiatischen Nachbarländern. Seit den 1990er Jahren kam es immer wieder zu Unruhen und Anschlägen.

Im Jahr 2009 kam es aufgrund des Todes von zwei uygurischen Wanderarbeitern in der Hauptstadt Ürümqi zu den bisher größten Unruhen, bei denen 197 Menschen, zumeist Han-Chinesen, starben. Im März 2014 verübten Anhänger einer uigurischen Widerstandsbewegung ein Massaker in der Hauptstadt der Provinz Yunnan und töteten 29 Menschen.

Als Folge dieser Ereignisse und weiterer Anschläge auf staatliche Einrichtungen, hat die chinesische Regierung 2018 nicht nur die Sicherheitsmaßnahmen in der Autonomen Region drastisch verschärft, sondern auch damit begonnen, missliebige Uiguren zu tausenden in Lagern bzw. innerhalb ihrer Familien umzuerziehen. Internationale Menschenrechtsorganisationen charakterisieren die Lage der Menschenrechte in der Region Xinjiang seitdem als dramatisch.

Im November 2019 von Investigativjournalisten veröffentlichte interne Behördendokumente ("China Cables") belegen ein systematisches Vorgehen der Behörden in Xinjiang.

Sprachen

Die chinesischen Sprachen. Autor: Wyunhe. Lizenz: CC BY-SA 3.0.

Die Amtssprache der VR China ist Hochchinesisch (auch Mandarin oder Putonghua), welche von rd. 70 % der Bevölkerung gesprochen bzw. verstanden wird. Im Süden herrschen Dialekte vor (Yue, Wu, Minbei, Minnan, Xiang, Gan, Hakka), die sich in der Aussprache vom Hochchinesischen so stark unterscheiden, dass sich Sprecher verschiedener Dialekte nicht verstehen können.

Die chinesischen Schriftzeichen werden hingegen von allen Chinesen gleichermaßen verwendet. 1953 wurde auf dem chinesischen Festland eine Schriftreform durchgeführt, welche viele traditionelle Schriftzeichen durch sogenannte Kurzzeichen ersetzte, die Anzahl der Schriftzeichen aber nicht verringerte. Nur in Taiwan, Macao und Hongkong werden heutzutage noch die traditionellen Schriftzeichen verwendet.

Seit 1979 wird als offizielle Umschrift die Hanyu-Pinyin-Umschrift verwendet, welche mittlerweile als einzige Umschrift in allen Chinesisch-Kursen weltweit gelehrt wird.

Neben Chinesisch werden in der VR China zahlreiche Minderheitensprachen gesprochen. Uygurisch, Mongolisch und Tibetisch haben in der jeweiligen Autonomen Region offiziellen Status.

Online kann man auf verschiedene umfangreiche Chinesisch-Wörterbücher in englischer bzw. deutscher Sprache zugreifen.

Stadt-Land-Unterschiede

Wanderarbeiter in China. Foto: □□. Lizenz: CC BY 2.5 CN.

Chinas Gesellschaft hat sich seit den 1970er Jahren aufgrund des ökonomischen Umbruches stark verändert. Die scharfe Trennung zwischen armen Bauern auf dem Lande und verhältnismäßig wohlhabenden Arbeitern in den Städten wurde aufgebrochen. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung entstand in den Städten eine neue Mittelschicht und Bauern wanderten in die Städte, um sich als günstige Arbeitskräfte zu verdingen.

Aller Pluralisierung zum Trotz existiert in der chinesischen Gesellschaft immer noch ein großes Wohlstandsgefälle zwischen der chinesischen Stadtbevölkerung und der Landbevölkerung. Dieser Unterschied geht auf das sogenannte Hukou-System, ein polizeiliches Melderegistrierungssystem, zurück. Dieses diente zur Mao-Zeit einer strikten Migrationskontrolle und untersagte es auf dem Land gemeldeten Personen, in Städten ansässig zu werden. Während die Arbeiter in den Städten einen festen Arbeitsplatz besaßen und über freien Wohnraum sowie etliche Sozialleistungen verfügten, mussten die Bauernkollektive auf dem Lande ihre Ernten zu niedrigen Preisen an den Staat verkaufen und mit den mageren Erlösen ihren gesamten Alltag bestreiten. Die Folge war eine staatlich verordnete ökonomische Spaltung der Gesellschaft.

Mitte der 1980er Jahren wurden die Migrationsbestimmungen gelockert und es wurde Chinas Bauern Jahre erstmals erlaubt, in den Städten zu arbeiten. Bis auf den heutigen Tag sind diese Wanderarbeiter ein wichtiges Element der chinesischen Wirtschaft. Mittlerweile gibt es offiziell 270 Millionen Wanderarbeiter in der VR China.

Da das Hukou-System aber nach wie vor existiert, haben die Wanderarbeiter jedoch kaum eine Möglichkeit, als Stadtbewohner in Chinas großen Städten registriert zu werden und sind Bürger zweiter Klasse. Sie sind gezwungen prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen, können nicht an den städtischen Sozialsystemen teilhaben und haben meistens keine Möglichkeit, ihre Kinder in die städtischen Schulen zu schicken. Wie gravierend die Auswirkungen einer ländlichen Haushaltsregistrierung sein können, zeigte sich zuletzt Ende 2017 als mitten im nordchinesischen Winter tausende von Wanderarbeitern aus Beijing ausgewiesen und ihre Behausungen abgerissen

wurden. Diese ordnungspolitisch verfügte Ungerechtigkeit ist nach wie vor eine der größten sozialen Herausforderungen im gegenwärtigen China.

Die Rolle der Frau

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts begannen erste Wandlungprozesse die Stellung der Frau in der chinesischen Gesellschaft zu verändern. Die Kommunistische Revolution Anfang des 20. Jahrhundert wurde nicht zuletzt von zahlreichen Frauen mit getragen, die aktiv in der Roten Armee tätig waren oder diese im Untergrund unterstützen.

Mit der Machtergreifung Maos änderte sich auch die rechtliche Stellung der Frau. Die konfuzianischen Vorstellungen zum Verhalten einer Frau in der Gesellschaft wurden zum Teil radikalen Änderungen unterworfen. Beispielsweise wurde das Binden der Füße unter Strafe gestellt, Frauen erhielten das Recht zur freien Partnerwahl und die Möglichkeit, sich Scheiden zu lassen. Sie wurden in das Schul- und Bildungssystem integriert und speziell für die junge Generation in den Städten sind viele Freiheiten im gesellschaftlichen Miteinander bereits selbstverständlich. Zum neuen Selbstbewusstsein der jungen Frauen mag auch die Ein-Kind-Politik beigetragen haben. Kleine Mädchen wurden dadurch vielfach "gleichberechtigt" erzogen, aus dem ganz einfachen Grund, weil sie keinen Bruder hatten.

Nichtsdestotrotz ist häusliche Gewalt ein großes Problem innerhalb der chinesischen Gesellschaft. Im Jahr 2016 trat ein Gesetz gegen häusliche Gewalt in Kraft, dessen Umsetzung aber nur zögerlich einsetzt. Während der COVID-19 Pandemie verzeichnete China einen starken Anstieg häuslicher Gewalt.

Homosexualität

Homosexualität ist in der VR China nicht illegal. Gleichzeitig leiden lesbische und schwule Chinesen weiterhin unter der starken gesellschaftlichen Stigmatisierung. Erst im Jahr 2001 wurde Homosexualität aus der Liste psychischer Erkrankungen gestrichen. Aktivisten der LGBT-Gemeinschaft haben es zudem schwer, ihre Anliegen in Form öffentlichen Protests zu artikulieren. Generell ist es in den großen Städten der Ostküste leichter seine Sexualität frei auszuleben. Dort gibt es LGBT-Gruppen und -kulturveranstaltungen. Auch gibt es eine LGBT-Dating-App und vereinzelt Unterstützung durch die Netzgemeinde. Auf dem Lande, wo das traditionelle Familienbild das soziale Leben prägt, ist eine offen geführte homosexuelle Beziehungen hingegen bis heute nicht denkbar.

Bildung

Das Lernen genießt in China von alters her eine ganz besondere Wertschätzung. Bereits in den "Gesprächen" des Konfuzius wird die Wichtigkeit des Lernens für die moralische Reife des Menschen hervorgehoben. Auch war für die traditionellen Beamtenprüfungen des chinesischen Kaiserreiches ein enormer Lernaufwand vonnöten.

Trotz der ausgeprägten Lehr- und Lerntradition waren im Jahr 1949 immer noch 90% der chinesischen Bevölkerung Analphabeten. Seit ihrem Bestehen hat die VR China jedoch große Fortschritte bei der Alphabetisierung gemacht. So kann China heute in großen Teilen als

alphabetisiert gelten. Im Jahr 2013 waren nach offiziellen Angaben nur noch 4,6% der Einwohner Analphabeten.

Laut der letzten Volkszählung besaßen im Jahr 2010 8,9% der Bevölkerung einen Hochschulabschluss. Weitere 14% verfügten über den Abschluss der oberen Mittelstufe, 38,8% über einen Mittelschulabschluss und 26,8% hatten lediglich einen Grundschulabschluss.

In der VR China gilt eine neunjährige Schulpflicht. Die Grundschule dauert sechs Jahre, die untere Sekundarstufe drei Jahre. Die obere Sekundarstufe bereitet die Schüler auf den Eintritt in die Universitäten vor. Am Ende der Schullaufbahn stehen die landesweiten Aufnahmeprüfungen (Gaokao) für die Universitäten, ein jährliches Großereignis, das maßgeblich über spätere Berufschancen mitentscheidet.

Obwohl die offizielle Einschulungsrate 99,9% beträgt, ist das Bildungssystem nach wie vor von starken regionalen Unterschieden gekennzeichnet. Da lokale Regierungen für die Bereitstellung von Bildungsleistungen zuständig sind, war es seit jeher schwierig, eine gebührenfreie Pflichtschulbildung landesweit durchzusetzen. Um dieses Ziel dennoch zu erreichen, wurde 2008 durch die Anhebung der staatlichen Bildungsausgaben eine landesweite Gebührenfreiheit erstmals realisiert. Die für die Hochschulreife erforderliche obere Sekundarstufe ist jedoch nach wie vor gebührenpflichtig, womit eine Gleichstellung im Bildungssystem bei höheren Abschlüssen nach wie vor nicht erreicht wird.

Im Bereich der Hochschulbildung hat sich die Zahl der Studenten seit dem Jahr 2000 mehr als vervierfacht. Im Jahr 2016 erhielten 7,04 Millionen Personen einen Universitätsabschluss. Auch die Zahl der Bürger der VR China, die ein Auslandsstudium absolvieren, wächst seit Jahren kontinuierlich: 2016 zählte man 544.500 Auslandsstudenten.

Sozialsysteme und Gesundheit

Sozialsysteme

Zu Zeiten Maos kam nur die städtische Bevölkerung in den Genuss staatlicher Sozialleistungen. Die Landbevölkerung musste alle privaten und sozialen Kosten aus den Erträgen bestreiten, welche ihre Kommune erwirtschaftete. Produzierte die Kommune Überschüsse, so konnte sie Lehrer oder Sanitäter finanzieren, ansonsten nicht. Doch selbst diese Form der Finanzierung von Basisleistungen brach mit der Einführung der Reformen komplett zusammen, da die Kommunen abgeschafft wurden. Zwar glich der gestiegene Lebensstandard einiges aus, dennoch sollte es bis in die jüngste Zeit dauern, bevor die Landbevölkerung wieder auf ein rudimentäres Sozialsystem zurückgreifen konnte.

In den Städten gestaltete sich der Aufbau von Sozialsystemen grundlegend anders. Einerseits wollte man das alte System der Staatswirtschaft zwar abschaffen, traute sich auf der anderen Seite aber nicht die städtische Arbeiterschaft all ihrer Privilegien zu berauben. Folglich wurden für die Stadtbevölkerung umfassende Sozialsysteme errichtet.

Seit 1997 besteht für die städtischen Beschäftigten von Staatsbetrieben eine Grundrentenversicherung welche 2002 auf weitere Beschäftigte in urbanen und ländlichen Gebieten erweitert wurde. Im rudimentären Altersvorsorgesystem für die Stadt- und Landbevölkerung waren Ende 2019 nach offiziellen Angaben 532,7 Mio. Personen erfasst. Auch existiert eine Basiskrankenversicherung, in welcher 2019 1.354,4 Mio. Personen erfasst waren und eine Arbeitslosenversicherung, an der 205,4 Mio. Personen teilnahmen.

Es ist wichtig anzumerken, dass die 270 Millionen Wanderarbeiter nicht Teil der städtischen Sozialsysteme sind. Vielmehr sind sie Teilnehmer separater Sozialsysteme für die ländlichen Gebiete.

So gibt es ein separates rudimentäres Altersvorsorgesystem und ein auf Freiwilligkeit beruhendes rudimentäres Krankenversicherungssystem (Neues kooperatives Gesundheitssystem).

Obwohl die Abdeckung der ländlichen Sozialversicherungen stark zugenommen hat, können sie nach wie vor nicht als Grundlage einer freien Lebensplanung dienen, da die Zahlungen im Leistungsfall wesentlich niedriger sind als diejenigen in den städtischen Systemen. So kann auf dem Land eine Rente nur 50 Yuan (8 US$) betragen, was weit unterhalb der von der Weltbank aufgestellten Armutsgrenze liegt. Bei Arztbesuchen sind Landbewohner und Wanderarbeiter nach wie vor auf ihre Ersparnisse angewiesen.

Neben dem Problem der regionalen Disparitäten sieht sich die VR China im Bereich der Rentenversicherung aufgrund des relativ niedrigen Renteneintrittsalters (Männer 60 Jahre, Frauen 50-55 Jahre) auch mit demographischen Problemen konfrontiert. So werden 2035 30 % der Einwohner der VR China über 60 Jahre alt sein.

Gesundheitswesen

Auch wenn sich das Gesundheitswesen der VR China selbst auf Dörfer in entlegenen Regionen erstreckt, ist die medizinische Versorgung in armen ländlichen Gebieten wesentlich schlechter als in den Boomstädten der östlichen Küstenregionen. Sind in Shanghai oder Beijing selbst komplizierte Operationen und Behandlungen möglich, so können viele Gesundheitsstationen im chinesischen Hinterland nicht viel mehr als erste Hilfe leisten.

Für Ärzte ist es aufgrund der disparaten Gesundheitsfinanzierung unattraktiv, in ländlichen Gebieten zu arbeiten. Obwohl in China 2018 im Schnitt 2,59 Ärzte auf 1000 Einwohner kamen (in Deutschland waren es vier), so sind es in den ländlichen Gebieten Chinas nur 1,82 Ärzte, in den Städten hingegen 4,01 Ärzte.

2019 gab es in der VR China 34.000 Krankenhäuser (darunter auch 4.000 Kliniken für traditionelle chinesische Medizin), 36.000 Krankenstationen, 35.000 örtliche Gesundheitsstationen und 267.000 ambulante Krankenstationen. Insgesamt gab es 8,92 Mio. Krankenhausbetten. Für das Gesundheitswesen wurden 2017 5,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgewendet. 95 % der Einwohner hatten Zugang zur Wasserversorgung und 75 % zu sanitären Anlagen.

Chinas medizinische Forschung misst der Gentechnik einen hohen Stellenwert zu. Im November 2018 wurden erstmals Zwillinge geboren, deren Erbgut mittels gentechnischer Eingriffe verändert worden war.

Gesundheitslage

Trotz verschiedener Probleme, ist festzustellen, dass sich die generelle Gesundheitslage in China seit Beginn der Wirtschaftsreformen stetig verbessert hat. Ausschlaggebend hierfür sind höhere Einkommen, eine bessere Lebensmittelversorgung, medizinisch-technischer Fortschritt und ab Anfang der 2000er Jahre der Aufbau landesweiter rudimentärer Krankenversicherungssysteme.

Dieses lässt unter anderem auch daran erkennen, dass die häufigsten Todesursachen in China mittlerweile die sogenannten Zivilisationskrankheiten wie Atemwegserkrankungen, Krebs, Schlaganfall oder Herzinfarkt sind. Häufigste epidemische Erkrankungen sind Hepatitis (1,2 Mio Neuinfektionen pro Jahr), Tuberkulose (rd. 800.000 Neuinfektionen pro Jahr), Syphilis und Ruhr. Die Müttersterblichkeit betrug in der VR China 2016 19,9 Fälle auf 100.000 Geburten.

Laut UNAIDS gibt es in China 1.25 Millionen Personen, die sich mit HIV infiziert hatten oder an Aids erkrankt waren. Eine große Gruppe von Betroffenen bildeten hier ehemalige Blutspender aus

ländlichen Gebieten, die sich in den 1990er Jahren durch verseuchte unsaubere Blutabnahmen infizierten. Häufigster Übertragungsweg ist inzwischen Sexualverkehr.

Mittlerweile spielen auch die Folgen des rasanten Wirtschaftswachstums und deren Umwelteinflüsse eine immer wichtigere Rolle für die Gesundheitslage in der VR China. Die WHO schätzt beispielsweise, dass es im Jahr 2010 etwa 1,2 Millionen vorzeitige Todesfälle durch Luftverschmutzung in China gab. In vielen Städten überschreitet die Luftverschmutzung den von der WHO als Obergrenze empfohlenen Wert um das dutzendfache. Auch die Lebensmittelsicherheit ist ein wachsendes Problem.

Im Bereich der Seuchenbekämpfung hat die VR China durch die kurze SARS-Epidemie im Jahr 2003 verstärkte Anstrengungen unternommen. So gibt es mittlerweile landesweit 3.481 Seuchenbekämpfungsstellen. Das größte Risiko geht hier von einem potentiellen Ausbruch der gefährlichen Form der Vogelgrippe aus.

COVID-19 Pandemie 2020

Die weltweit grassierende COVID-19 Pandemie hatte ihren Ursprung in Wuhan, der Hauptstadt der Provinz Hubei. Nach dem Auftreten erster Fälle im Dezember 2019 entwickelte sich die durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachte Krankheit zu einer Epedemie und breitete sich anschließend weltweit aus. Am 11. März 2020 erklärte die WHO COVID-19 zu einer Pandemie.

Mitte Januar wurden in China rund 600 Fälle von COVID-19 registriert. Anfang Februar war die Zahl der registrierten Fälle bereits auf mehr als 11.000 angestiegen. Mitte März wurden 82.000 Infektionen registriert, von denen rund 3.300 tödlich verliefen. Bis Ende 2020 traten in China 94.312 Fälle auf, 4.750 Personen starben an oder mit COVID-19. Harte Quarantänemaßnahmen, Einschränkung des Verkehrs sowie intensive digitale Überwachung (Tracking App) führten zu einem weitgehenden Abebben des Infektionsgeschehens ab Mitte 2020.

Es wird davon ausgegangen, dass das Coronavirus vom Tier auf den Menschen übertragen wurde. Da die ersten Fälle bei Verkäufern eines Fischmarktes in Wuhan auftraten, glaubt man, dass die Erstübertragung von Tier zu Mensch hier geschah. Man vermutet, dass Fledermäuse als Zwischenwirt gedient haben, kennt aber bisher weder den Ursprungswirt des Virus, noch diejenige Person, die sich als erstes bei einem Tier angesteckt hat.

Die Reaktion der chinesischen Behörden war anfänglich darauf ausgerichtet, Informationen über die Krankheit zu unterdrücken. Direkt nach Bekanntwerden erster Fälle in Krankenhäusern in Wuhan bestand in Kreisen von Ärzten die Sorge, dass es sich um ein neues SARS-Virus handeln könne. Prominentes Beispiel hierfür war der Arzt Li Wenliang, der bereits im Dezember in einer Chatgruppe vor der neuen Krankheit warnte. Als sich die Nachricht im Internet verbreitete, wurden Li Wenliang und seine Kollegen von der Polizei zur Unterzeichnung von Schweigepflichtserklärungen gezwungen. Es wird kritisiert, dass die anfängliche Inaktivität der Behörden wesentlich zur massiven Ausbreitung des Virus beigetragen hat. Li Wenliang selbst starb am 7. Februar 2020 an COVID-19.

Ende Dezember 2020 informierte die Gesundheitskommission der Provinz Hubei erstmals offiziell über den Ausbruch der Krankheit. Die nationale Gesundheitskommission sprach jedoch zunächst davon, dass eine Übertragung von Mensch zu Mensch nicht eindeutig belegt sei. Dieses führte vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich COVID-19 extrem leicht von Mensch zu Mensch überträgt, zu empörten Reaktionen im chinesischen Internet.

Traditionelle Chinesische Medizin (TCM)

Akkupunkturpunkte. Lizenz: Public Domain.

Europäer benötigen eine gehörige Portion Vorstellungskraft, um die Grundbegriffe der traditionellen chinesischen Medizin (TCM) zu verstehen: entlang unsichbarer Linien, den Meridianen, durchfliesst der "Lebenshauch" Qi den menschlichen Körper und versorgt die Organe mit lebensnotwendiger Energie.

Dazu kommt ein weiteres Grundprinzip der chinesischen Welt und somit auch der Medizin, nämlich die Lehre von Yin und Yang: Alles im Kosmos, sowie auch der Kosmos selbst, setzt sich nach daoistischer Vorstellung aus einer kühlen, dunklen und weiblichen Seite (Yin) sowie einer heissen, hellen und männlichen Seite (Yang) zusammen.

Der chinesischen Arzt achtet deshalb darauf, dass das Qi frei fliesen kann und das Verhältnis von Yin und Yang im Körper ausgeglichen ist. Krankheiten werden als Ungleichgewicht der Verhältnisse interpretiert und zum einen durch die Gabe von Yin und Yang im richtigen Verhältnis gekämpft. TCM-Ärzte arbeiten vielfach mit Tee-Zubereitung und Kräutern, sowie mit Akupunktur und Massagen.

Religion

China ist ein Land, dass auf eine lange und traditionsreiche Religionsgeschichte zurückblicken kann. Vor allem der Buddhismus und der Daoismus haben China geprägt. Gleichwohl spielten religiöse Organisationen im meritokratischen Beamtensystem des Kaiserreiches nie die tragende politische Rolle, wie sie es in Europa taten.

Ein Großteil des religiösen Alltagslebens kam in der Mao-Zeit zum erliegen. Vor allem während der Kulturrevolution wurden Angehörige religiöser Gruppierungen verfolgt und ihre Heiligtümer tausendfach zerstört.

Die Verfassung von 1982 erlaubte den chinesischen Bürgern wieder Glaubensfreiheit. Die chinesische Regierung erkennt den Daoismus , den Buddhismus, den Islam und das Christentum offiziell an. Allerdings ist eine wichtige Voraussetzung hierfür, dass von einer Religionsorganisation keine weltlichen Herrschaftsansprüche ausgehen und diese nicht vom Ausland beeinflusst wird. Religiöse Organisationen müssen sich registrieren lassen und stehen unter staatlicher Aufsicht.

Religiöses Leben ist mittlerweile wieder in allen Landesteilen anzutreffen, obwohl ein Großteil der Bevölkerung keiner religiösen Organisation angehört. Man geht davon aus, dass etwa 200 Millionen Chinesen Buddhisten sind. Zudem gibt es mindestens 20 Millionen Muslime und 5 Millionen Daoisten. Auch die christliche Religion ist in China vertreten. Offiziell gibt es 23-40 Millionen Protestanten und 13-15 Millionen Katholiken, wobei inoffizielle Schätzungen von bis zu 100 Millionen Personen ausgehen. Etwa 5 Millionen der Katholiken zählen zur romtreuen Untergrundkirche, welche in der VR China offiziell verboten ist.

Trotz der Tolerierung religiösen Lebens ist die chinesische Regierung jederzeit bereit, Zwangsmaßnahmen gegen Gruppierungen zu ergreifen, die sie für eine Bedrohung hält. Das

bekannteste Beispiel ist die landesweite Verfolgung der buddhistisch beeinflussten Meditationsbewegung Falungong seit dem Jahr 1999. In jüngerer Zeit wurden Fälle von Regierungsgewalt gegen christliche Kirchen bekannt. So wurden in der Provinz Zhejiang in den letzten Jahren zahlreiche Kirchenbauten zerstört und hunderte Gläubige festgenommen.

Seit einiger Zeit ist die chinesische Religionspolitik verstärkt auf die Kontrolle von Religionsgemeinschaften ausgerichtet. Im Jahr 2016 wurden neue Richtlinien bekannt, nach denen sich Religionsgemeinschaften den Anweisungen der KPCh unterordnen müssen. Ihnen ist es nicht gestattet sich in Politik, Verwaltung, Justiz und Erziehung einzumischen. Funktionäre der KPCh dürfen keiner Religion anhängen.

Kunst und Kultur

Chinas Hochkultur ist immer eng mit dem geschriebenen Wort verbunden gewesen, weshalb die Literatur in der chinesischen Kultur eine herausragende Rolle einnimmt. Von vormodernen Texten wie den 2000 Jahre alten "Fünf Klassikern" über die Kunst der Tang-Gedichte bis zu den großen "vier Romanen" der klassischen chinesischen Literatur (u.a. "Der Traum der roten Kammer") finden sich zahllose literarische Werke aus allen Epochen in verschiedensten Stilformen. Die moderne Literatur entstand im Zuge der kulturkritischen Bewegung Anfang des 20. Jahrhunderts. Schriftsteller wie Lu Xun wandten sich von der klassischen Schriftsprache, welche eine eigene Grammatik besitzt, ab und schrieben fortan in "gesprochener" Sprache. Die heutige chinesische Literatur geht auf die Pioniere dieser Zeit zurück. Neben der großen Literatur hat sich bis jedoch auch die volkstümliche Art des Geschichtenerzählens erhalten.

Die chinesische Malerei legt großen Wert auf die Beherrschung überlieferter Mal- und Gestaltungstechniken, lässt individuelle Ausprägungen von Malstilen hingegen in den Hintergrund treten. Die ältesten erhaltenen gemalten Werke sind über 3000 Jahre alt. Besonders bekannt sind vor allem die chinesischen Landschaftsmalereien. Durch Chinas eintritt in Moderne Anfang des 20. Jahrhunderts kam es zu einer großen Ausdifferenzierung und Individualisierung der Malstile, eine Entwicklung, die bis heute anhält.

Aufgrund der Bildhaftigkeit der chinesischen Schrift hat sich in China zudem die Kalligraphie als eine der Malerei ebenbürtige Kunstform herausgebildet. Weitere bekannte Ausprägungen chinesischer Kunst finden sich auf den Gebieten der Keramik, des Schnitzhandwerks oder der mehrere tausend Jahre alten Kunst der Herstellung von Bronzegefäßen. Berühmt ist auch die traditionelle chinesische Architektur.

Der chinesische Film ist eine der jüngsten Kunstformen in China. Waren das Hongkonger und das taiwanesische Kino lange stilprägend für den chinesischen Film, so sind Regisseure aus der VR China mittlerweile international sichtbar und anerkannt. Mittlerweile gibt es sogar erste Co-Produktionen von Hollywood mit chinesischen Filmemachern.

Die chinesische Küche

Die chinesische Küche ist genauso bunt und vielfältig wie die Landschaft und das Klima des Landes, angefangen bei der Peking-Ente bis hin zur Schlangensuppe. Obwohl die Chinesen insbesondere im Süden des Landes praktisch keine Nahrungstabus kennen, verwenden sie in Wirklichkeit zu neunzig Prozent dieselben Zutaten, die auch auf unseren Märkten angeboten werden. Die Rezepte dazu sind einfacher als Sie denken - probieren Sie es doch einfach einmal aus.

Chinesisches Gericht. Foto: Archon6812. Lizenz: CC BY-SA 3.0.

Chinesisches Gericht. Foto: Archon6812. Lizenz: CC BY-SA 3.0.

Der chinesische Tee spielt nicht nur in der Geschichte, sondern auch in der Gegenwart eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Leben. Interessant ist neben dem Genuß von hochwertigem grünen Tee, die Teilnahme an einer chinesischen Tee-Zeremonie.

Vor Ihrer Ausreise sollten Sie sich auf jeden Fall mit dem Gebrauch der sogenannten Kuaizi, den Eßstäbchen, vertraut machen.

Alltag & Praktische Informationen

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Aufenthalte in China sind mittlerweile relativ unkompliziert. Neben den Einreisemodalitäten sollte man sich vorab mit den Themen Sicherheit, Gesundheitsvorsorge, Transport und Kommunikationsmöglichkeiten auseinandersetzen. Wer länger in China bleibt, möchte vielleicht Chinesisch erlernen oder sucht eine Schule für die Kinder.

Lizenz: CC0 Public Domain.

Währung
: Renminbi (RMB), auch: Yuan

Wechselkurs
: 7,94 RMB pro 1,00 € (06/2020)

Zeitzone
: UTC+8

Landesvorwahl (Telefon)
: +0086 (0)

Klima (für Hauptstadt)
: kontinental

Internationaler Flughafen (IATA)
: PEK (Beijing), u.a.

SONDERSITUATION COVID-19

Aufgrund der COVID-19 Pandemie werden in China, Deutschland und Europa verschiedene Maßnahmen zur Eindämmung der Krankheit getroffen, die das Reisen nach und in China erheblich beeinflussen. Aufgrund der sich stets verändernden Lage, ist zu empfehlen, sich regelmäßig über aktuelle Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amtes zu informieren. Hier findet man auch das COVID-Merkblatt für Reisende. Alle diese Informationen werden regelmäßig aktualisiert und sollten tagesaktuell überprüft werden.

Einreise

Für die Einreise nach China ist ein Reisepass mit einer Gültigkeit von mindestens 6 Monaten mit einem Visum erforderlich, welches in den Vertretungen Chinas (Botschaften und Konsulate) ausgestellt wird.

Einen Leitfaden zur Beantragung eines Visums stellt die chinesische Botschaft zum Download zur Verfügung. Ab dem 16. Dezember müssen Antragsteller ihre Fingerabdrücke erfassen lassen. Die Botschaft berät Ausreisende auch bei Fragen zu Legalisationen.

Das Auswärtige Amt in Berlin liefert weitere Informationen zu Einreisebestimmungen für die VR China, Hongkong und Macau. Um Ärger bei der Einreise zu vermeiden, sollten die bestehenden Zollvorschriften genau eingehalten werden.

Wohnen und Versorgung

Chinesischer Neujahrsmarkt. Foto: Calvin Teo (CC BY-SA 3.0)

Wohnen in Chinas Städten ist im Laufe der Zeit immer teurer geworden. Generell gilt, dass Ausländer mehr Miete bezahlen als ihre chinesischen Nachbarn. In Städten wie Beijing oder Shanghai sind Mieten von 10.000 Yuan für gute Wohnungen nicht selten. Von eventuellen finanziellen Beschränkungen abgesehen, ist man bei der Wahl des Wohnortes frei.

Will man „richtig chinesisch“ außerhalb der teuren Anlangen mit Ausländerapartments wohnen, lohnt es sich immer, sich bei der Wohnungssuche von chinesischen Freunden oder Kollegen helfen zu lassen. Diese können vielleicht einen Wohnungseigentümer vermitteln oder einen zu einem Makler begleiten. Hat man eine Wohnung gemietet, sollte man auf jeden Fall den Mietvertrag in chinesisch und englisch ausfertigen. Hierin muss die genaue Monatsmiete festgehalten, sowie ein Mängelprotokoll angefügt werden. Wenn man eine neue Wohnung gefunden hat, muss man sich bei der chinesischen Polizeibehörde anmelden und dort eine Arbeits- oder Studienbescheinigung vorlegen.

Um die Versorgung mit Gütern des alltäglichen Lebens muss man sich in Chinas Großstädten keine Sorge machen. In den chinesischen Supermärkten gibt es praktisch alles, was das Herz begehrt. Wer auch in China nicht auf sein spezielles Bio-Müsli verzichten möchte, hat in Metropolen wie Beijing oder Shanghai die Möglichkeit in Filialen ausländischer Supermärkte (z.B. Carrefour) importierte westliche Produkte zu kaufen. Nimmt man sich aber die Zeit, das reichhaltige Angebot chinesischer Supermärkte genau zu studieren, so wird man viele bisher unbekannte Köstlichkeiten entdecken.

Ein besonderes Erlebnis sind die bunten und lebhaften chinesischen Märkte, die man heutzutage noch in Seitenstraßen und auf dem Lande findet. Hier muss gehandelt werden. Während man bei Elektroartikeln und Kleidung insbesondere in Städten hart handeln sollte, ist die Preisspanne bei Lebensmitteln gering. Die Lebensmittelhändler verlangen insbesondere auf dem Land von

Ausländern meist die selben Preise wie von ihren Landsleuten und geraten in Bedrängnis, wenn diese versuchen zu handeln. Für das Handeln ist es hilfreich die Fingerzeichen für Zahlen zu kennen.

Auf dem Land kann sowohl die Versorgung als auch der Standard der Hotels, Restaurants und sanitären Einrichtungen erheblich niedriger sein. Wer also eine Reise innerhalb Chinas in abgelegene Gebiete unternimmt, sollte sich vorher in der Stadt mit Dingen, auf die sie oder er nicht verzichten kann, eindecken.

Geld

Obwohl es in der VR China heutzutage üblich ist, seine Rechnungen mit der Bezahlfunktion der allgegenwärtigen und allmächtigen APP WeChat zu begleichen, gibt es für den altmodischen Einkäufer nach wie vor Bargeld.

Der chinesische Renminbi (RMB, „Volkswährung“) ist unterteilt in 1 Yuan (umgangssprachlich auch Kuai) = 10 Jiao = 100 Fen. Das chinesische Bargeld ist nahezu komplett in Form von Geldscheinen im Umlauf. Es gibt 1-, 2-, 5-, 10-, 20-, 50- und 100-Yuan-Scheine. Ältere 1-Yuan-Münzen findet man hingegen nur noch selten. Während Jiao im alltäglichen Zahlungsverkehr durchaus noch vorkommen, spielen Fen fast nur noch als Buchgeld eine Rolle.

Der Zahlungsverkehr in China ist unproblematisch. Wer in China Bargeld abheben möchte, kann das bei einem der vielen Geldautomaten der großen chinesischen Bankhäuser tun (Bank of China, China Construction Bank, der Industrial and Commercial Bank of China usw.). Für die Abhebung mit einer Maestro-/EC-Karte fallen hierbei Gebühren bis zu 4 Euro an. Bei der Abhebung mit EC-Karten lohnt es sich daher größere Mengen Bargeld abzuheben. Bei der Bank of China kann auch mit der Kreditkarte Bargeld abgehoben werden.

Ausländische Währungen können zu aktuellen Wechselkurs bei der Bank of China in chinesische RMB umgetauscht werden. Hier werden auch in Fremdwährung ausgestellte Reisechecks akzeptiert (z.B. American Express, Citicorp).

Wer mit Kreditkarte zahlen möchte, kann dieses in den großen Hotels, Restaurants und Kaufhäusern von Chinas Metropolen tun. In kleineren Ladengeschäften und Restaurants sowie außerhalb der großen Städte ist man allerdings auf die Zahlung mit Bargeld angewiesen.

Es ist zudem ohne Probleme möglich, ein Konto bei einer chinesischen Bank zu eröffnen. Man sollte darauf achten, dass die Bank über ein flächendeckendes Netz an Bankautomaten in ganz China verfügt und man landesweit kostenlos abheben kann. Dieses ist aber bei den großen Banken wie der Bank of China, China Construction Bank, der Agricultural Bank of China usw. aber der Fall.

Wer im Internet bestellt kann per Überweisung, PayPal oder auch per Barzahlung bei Lieferung bezahlen.

Reisen in China

Das Verkehrsnetz der VR China ist in den letzten Jahrzehnten massiv ausgebaut worden. Immer wieder werden neue Bahnstrecken und Autobahnabschnitte eröffnet. Während man in den Städten mit verstopften Straßen und überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln zu kämpfen hat, so sind Reisen über größere Distanzen innerhalb Chinas im Laufe der Jahre immer komfortabler geworden.

Wer in China reist, wird dieses in der Regel mit der Bahn oder dem Flugzeug, in selteneren Fällen auch mit dem Bus tun. Die meisten großen Provinzstädte, auch diejenigen in den entfernten Westregionen können so erreicht werden. Will man in weit abgelegene ländliche bzw. unwegsame Regionen (Wüste, Hochgebirge usw.) fahren, kann es jedoch sein, dass man auf Geländewagen, Lasttiere oder Wanderschuhe umsteigen muss.

Das chinesische Bahnnetz ist mit einer Streckenlänge von 120.000 km eines der größten der Welt. In den letzten Jahren ist vor allem das Hochgeschwindigkeitsnetz der chinesischen Eisenbahn immer weiter ausgebaut worden. So dauert eine Eisenbahnfahrt von Beijing nach Shanghai mittlerweile nur noch fünf Stunden und ist somit eine komfortable Alternative zu einer Anreise per Flugzeug. Will man eine lange Bahnreise, etwa von Beijing bis nach Kunming in Südwestchina unternehmen, so kann man Betten in Schlafabteilen buchen. Hier kann man zwischen der normalen und einer komfortableren Variante („Hardsleeper“ und „Softsleeper“) wählen. Fahrplanauskünfte und Ticketkäufe für Bahnfahrten können mittlerweile bequem online durchgeführt werden.

Reisen per Flugzeug sind in China häufig das einzige Mittel, um schnell große Distanzen zu überbrücken. Alles in allem ist der Flugverkehr gut organisiert und läuft reibungslos ab. Die meisten Flüge werden von den großen chinesischen Airlines wie Air China, China Southern Airlines, China Eastern Airlines oder Hainan Airlines angeboten. Tickets bekommt man bequem über Reisebüros, örtliche Vermittler und heutzutage vor allem über die großen Online-Reisebüros in der VR China.

In etwas ländlicheren Regionen Chinas kommt man manchmal nur mit dem Bus voran. Nicht selten wird man hier mit schlechten Straßenverhältnissen und altersschwachen Fahrzeugen konfrontiert, wodurch das Reisen per Bus nach europäischen Maßstäben recht unkomfortabel sein kann. Da Busfahrten nach wie vor das günstigste Verkehrsmittel sind, werden sie hauptsächlich von Chinesen genutzt. Wer daher einmal zwei Tage am Stück im Schlafbus in China unterwegs war, wird eine wahrhaft chinesische Reise erlebt haben. Bustickets gibt es in Busbahnhöfen, die sich in jeder chinesischen Stadt finden.

Wer in China selber Auto fahren möchte, kann für bis zu 3 Monate eine vorläufige Fahrerlaubnis erwerben. Ansonsten benötigt man einen chinesischen Führerschein. Hierfür muss man einen Antrag bei der Verkehrspolizei einreichen, sowie eine Aufenthaltsgenehmigung, den eigenen Führerschein und eine amtliche Übersetzung des Führerscheins vorlegen. Zusätzlich muss man noch eine schriftliche Prüfung absolvieren und evtl. eine praktische Prüfung ablegen. Anschließend gilt es dann, sich die Gepflogenheiten des chinesischen Autoverkehrs anzueignen, welche sich von den deutschen stark unterscheiden. Wenn man nicht viel transportieren muss, bietet sich als vergleichsweise schnelle Alternative ein Elektrofahrrad an, mit dem man so manchen Stau umgehen kann.

Wer sein Ziel erreicht hat kann in einem der zahllosen Hotels aller Preisklassen eine Bleibe finden.

Chinesisch lernen

Im Internet gibt es einige Online-Lernprogramme, zum Beispiel bei www.chinaweb.de für die moderne Hochsprache mit chinesischen Schriftzeichen, Pinyin (internationale Transkription) und Sprachausgabe zum Selbstlernen. Ein Lehrer erleichtert allerdings den Einstieg in die fremde Sprache, zum Beispiel mit dem Programm "Chinesisch Lernen in China" bei einem Lehrer im Einzelunterricht. Online kann man auf verschiedene umfangreiche Chinesisch-Wörterbücher in englischer bzw. deutscher Sprache zugreifen.

Schule und Studium

Inzwischen gibt es in zahlreichen Großstädten Chinas internationale Schulen und Kindergärten. Die Unterrichtssprache ist in der Regel Englisch, wobei es in Beijing und in Shanghai auch zwei deutsche Schulen gibt. Auch in anderen Städten wie Suzhou oder Qingdao gibt es die Möglichkeit innerhalb der internationalen Schulen Unterrichtseinheiten auf Deutsch zu absolvieren. Internationale Schulen verlangen hohe Schulgebühren von teils über 1.000 Euro pro Monat, wobei Verpflegung und Sonderausgaben noch nicht enthalten sind. Viele Schulen verlangen zudem hohe Aufnahmegebühren. Wer mit Kindern nach China geht, sollte sich daher dahingehend absichern, dass die entsendende Organisation die Schulgebühren übernimmt.

Wer in China studiert, muss an einer der vielen chinesischen Universitäten eingeschrieben sein und erhält im Gegenzug ein Studierendenvisum. Wer nicht über ein Stipendium einer internationalen Studienorganisation (z.B. DAAD) verfügt, muss für die anfallenden Studiengebühren selbst aufkommen. Diese können pro Jahr über 3.000 Euro liegen. Im ersten landesweiten Online-Netzwerk, das alle Universitäten und Forschungsstätten miteinander verbindet (CERNET - „China Education and Research Network“), können chinesische und internationale Studenten Informationen zu den Einschreibungsformalitäten, Prüfungen und Stipendien an chinesischen Unis recherchieren.

Sicherheit

Aktuelle Sicherheitshinweise gibt das Auswärtige Amt. Generell ist China ein relativ sicheres Land. Allerdings nimmt die Beschaffungskriminalität aufgrund der sozialen Unterschiede zu. Ansammlungen von Menschen, Sehenswürdigkeiten, Märkte und dergleichen locken Taschendiebe magisch an. Manche Stadtviertel sollte man Nachts meiden. Einheimische können diesbezüglich wertvolle Tipps geben.

Im Straßenverkehr ist besondere Vorsicht geboten, da die Verkehrsregeln chinesischer Prägung für westliche Logiker meist nicht ohne weiteres zu durchschauen sind.

Gesund bleiben

Nach europäischen Maßstäben sind die hygienischen Bedingungen in China sicherlich noch verbesserungswürdig, allerdings ist China im Vergleich mit vielen anderen asiatischen Ländern schon viel weiter. Hält man sich an einige Grundregeln, so übersteht so mancher einen China-Aufenthalt ohne die kleinste Magenverstimmung.

Es ist ratsam immer abgekochtes bzw. gekauftes Wasser zu trinken. Leitungswasser kann Keime enthalten. Des Weiteren sollte man in Restaurants immer Einweg-Stäbchen zum Verzehr von Speisen verwenden, bzw. seine eigenen Stäbchen mitbringen. Obst sollte geschält gegessen und die Hände häufig gewaschen werden. Bei den Garküchen am Straßenrand sollte darauf geachtet werden, dass das Essen gut erhitzt wird und Speiseeis sollte mit Vorsicht genossen werden, da es auf den Transportwegen und bei der Lagerung zu warm geworden sein kann. Grüner Tee hilft übrigens, den Magen gnädig zu stimmen.

Die Gesundheitsversorgung ist in den größeren Städten recht gut, auf dem Lande und in abgelegenen Regionen kann sie jedoch mangelhaft sein. Die Kosten für ärztliche Behandlung und Medikamenten müssen immer sofort bezahlt werden und können in den Metropolen der Ostküste sehr hoch sein. Für Personen, die länger in China bleiben, lohnt sich evtl. die Mitgliedschaft in einer medizinischen Organisation (z.B. International SOS, Globaldoctor usw.), welche nach internationalen

Standards ausgestattete Krankenhäuser in verschiedenen chinesischen Städten betreiben.

Je nach Reisezeit, Aufenthaltsdauer und Tätigkeit sind verschiedene Impfungen empfehlenswert. Generell werden Impfungen gegen Hepatitis A, Diphterie und Tetanus empfohlen. Für Personen, die den einfacheren Bedingungen im Landesinneren ausgesetzt sind, können zudem Impfungen gegen Hepatits B, Tollwut, Typhus oder japanische Enzephalitis in Betracht kommen.

Telekommunikation, Internet, Post

In China besitzt nahezu jede/r ein Smartphone, mit welchem sie oder er wahlweise telefoniert, SMS oder Mails verschickt, im Internet einkauft, auf Weibo (dem chinesischen Twitter) Tweets absetzt oder sich in den chinesischen sozialen Netzwerken mit Freunden verabredet. In den letzten Jahren hat sich vor allem die Software WeChat des Anbieters Tencent durchgesetzt, die alle der oben genannten Dienste in einer App vereint. Die Netzabdeckung funktioniert nahezu landesweit, so dass man auch in weit abgelegenen Regionen Teil der digitalen Gemeinschaft bleiben kann.

Innerhalb Chinas ist die Nutzung eines chinesischen Handy günstig. Die in China verkauften Pre-Paid SIM-Karten können in mitgebrachte europäische Geräte eingebaut werden. SIM-Karten erhält man von den chinesischen Anbietern China Mobile und Unicom.

Da ganz China mittlerweile das Internet in der Hosentasche herumträgt, sind auch Internet-Cafés seltener geworden. Dennoch findet man immer noch eine Möglichkeit stationär ins Internet zu gehen und sei es in einer der lauten Online-Spielhöllen. Außerdem bieten in großen Städten moderne Cafés, Bars und Restaurants zunehmend kostenlosen W-LAN Service an. Wer seinen eigenen Computer oder Laptop nutzt sollte sich jedoch gut gegen Viren und Trojaner schützen und auf eine sorgsame Datensicherung achten.

Die chinesische Regierung ist zudem darum bemüht, anonyme Zugriffe auf ausländische Internetplattformen einzuschränken und hat Chinas Telekommunikationsunternehmen angewiesen Verbindungen per VPN-Client ab 2018 vollständig zu blockieren.

Auch wenn sich das chinesische Leben immer mehr ins Internet verlagert: Wer möchte, kann nach wie vor Grußpostkarten per Post verschicken.

Nützliche Adressen

Botschaft der Volksrepublik China in Deutschland

Generalkonsulat der Volksrepublik China in Frankfurt

Generalkonsulat der Volksrepublik China in Hamburg

Generalkonsulat der Volksrepublik China in München

China Internet Information Center in deutscher Sprache

China Radio International in deutscher Sprache

Deutsche Botschaft in Beijing

Deutsches Generalkonsulat Hongkong

Adressen der Ortsvereine der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft

China verstehen

SympathieMagazin

In kompakter Form gewähren SympathieMagazine ihren Lesern überraschende Einblicke in andere Länder und Kulturen. Unterhaltsam informieren und durch besseres Verständnis Sympathie wecken, ist das Ziel dieser Reihe.

Die GIZ in China

Informationen über die Struktur und die Arbeit der GIZ in China

Trainingsangebote der Akademie

Die Akademie der GIZ gestaltet Lernangebote für die internationale Zusammenarbeit. Wir führen mehr als 2000 Fort- und Weiterbildungen durch und entwickeln innovative, wirksame und nachhaltige Lernkonzepte. Und das weltweit.

> Angebote aus dem Weiterbildungskatalog

Bei allen Fragen rund um das Fort- und Weiterbildungsprogramm der Akademie helfen wir Ihnen gerne weiter.

> Wir freuen uns über Ihre Anfragen!

Kontakt

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Kommentare zu diesem Länderbeitrag oder zum LIPortal insgesamt. Richten Sie Ihre Anfrage an:

Rolf Sackenheim
(Akademie für Internationale Zusammenarbeit)

Zum Kontaktformular